

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit dem illustrierten Unterhaltungs-Blatt.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 23 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6683.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile ober deren Raum 20 Pfennige; für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 180.

Breslau, Donnerstag, 3. August 1893.

| 4. Jahrgang.

Vernichtung der Socialdemokratie.

R. S. Ein altes Bibelwort sagt: „Wen Gott vernichten will, den schlägt er mit Lindheit.“ Gut anwendbar ist dieser Ausspruch, wenn man das Bemühen unserer Gegner, speciell der Ultramontanen, in Schlesien sieht, mit welchem Eifer sie daran gehen, die mächtigste Partei Deutschlands in unserer Provinz auszuwischen. Zu diesem Zwecke veranstaltet der katholische Volksverein in dem „lieblichen, schwarzen“ Meisse einen socialen Kursus, dessen Wunderkraft voraussichtlich ganz Schlesien binnen kurzer Zeit von den bösen Soci befreien wird. Hören wir, was da Alles gelehrt wird. Im Vordergrund der Erörterungen stehen: Encyclica über die Arbeiterfrage, Socialismus, Arbeiterfrage, Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, Arbeiterwohlfahrteinrichtungen, Gewerbevereine, Agrarfrage, insbesondere aber Bauernvereine, Seelsorge und Socialdemokratie. Täglich werden am Vormittage zwei Vorträge von je einer Stunde abgehalten. Nachmittags sind Referate mit Discussion vorgesehen über Arbeiter- und Fachvereine, Vereine für jugendliche Arbeiter, Haushaltungsschulen, ländliche Darlehnskassen, Caritas und Bekämpfung der Socialdemokratie. Besuche der am Orte vorfindlichen Wohlfahrteinrichtungen und sonstigen Anstalten werden sich anschließen.

Das Programm ist großartig; wer wollte da noch zweifeln, daß nicht die Zuhörer resp. Hörer einen immensen Wissensschatz nach Hause tragen werden. Man könnte beinahe neidisch werden und bedauern, nicht auch an diesem Kursus theilnehmen zu dürfen. Vielleicht wäre es erlaubt, einen Berichterstatter zu

senden, der all die dort versprochene Weisheit als Stenogramme der hiesigen Arbeiterschaft mittheilen könnte. Ganz besonders aber imponiren uns die engagirten Lehrkräfte, welche als Sterne erster Größe am socialpolitischen Himmel der Pfaffenpartei glänzen. Da finden wir vor Allem den frischgebakenen Professor Dr. Hize (der Schweinsknoschensuppenmensch), den Ex-Reichstagsabgeordneten Huene, den Dr. Pieper-München-Glabbach u. s. w. Die Vorträge des Herrn Hize werden sich natürlich um sein Kochbuch drehen, welches er für Arbeiterfamilien herausgegeben hat, und worin er zu beweisen versucht, daß mit 50 Pf. eine Familie täglich leben kann. Sicher sehr lobenswerth, wenn der „gelehrte Herr“ selber eine Probe dieses systematischen Verhungerns ablegen würde. Der berühmte Compromißler Huene wird wahrscheinlich den Segen seines Antrages schildern, der der armen Bevölkerung scheffelweise nun in den Schooß fällt und sie die Glückseligkeit durchkosten läßt, mehr Steuern für mehr Soldaten und Kasernen zu bezahlen. Nur vermiffen wir einige Meiffer Größen, so den langjährigen, in „treuem Dienst für die Arbeitersache“ ergrauten Stiftsrath Horn und die diversen Capläne, welche ihrem zarten Alter nach zu urtheilen, noch nicht lange das Seminar verlassen, aber bei dieser albernem Einrichtung ganz segensreich wirken könnten. Gerade die hier von uns vorgeschlagenen Herren geberdeten sich bei der letzten Wahlversammlung, als hätten sie alle socialpolitische Weisheit löffelweise eingenommen.

Nun wir wünschen dem neuen Unternehmen viel Glück und Gedeihen auf seinem Lebensweg, den sich an diesem trassen Blödsinn theilnehmenden Lehrern aber Diden und Ehrenstellen.

Doch bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht vergessen, auch wieder einmal an Herrn Professor Elster

in Breslau die beschriebene Anfrage zu richten, wie es in unserer Stadt mit der Gründung eines socialen Kursus steht, welcher, wenn wir nicht irren, schon vor langer Zeit das Licht der Welt erblicken sollte. Oder dürfte es sich bei der „geringen“ Zahl Socialdemokraten am hiesigen Orte nicht erst verlohnen, damit anzufangen?! Da sind doch die Meiffer tüchtigere Leute; sie treiben Schweinsknoschenpolitik und Schließen ist gerettet.

Aus dem ganzen Unternehmen aber ist zu ersehen, mit was für lächerlichen Gegnern wir es zu thun haben und wie es um unsere heutige Gesellschaftsordnung bestellt ist, wo solche politische Kinder als Geistesheroen gelten.

Christenthum und Socialismus.

Die beiden Lehren, Christenthum und Socialismus, werden im alltäglichen Verkehr, in der Presse, in Vereinen und Versammlungen häufig zu einander in Beziehung gebracht und sollen dann eben objectiv betrachtet und behandelt werden. Die Objectivität sollte dabei beobachtet werden, daß sie aber nicht immer beobachtet wird, dafür kurz ein Beweis. In der letzten Wahlbewegung haranguirte der ultramontane Reichstagsabgeordnete Advocat Marbe in Freiburg (Baden) seine Wähler in der Weise, daß er ihnen sagte, sie dürften dem Socialdemokraten keine Stimme geben, denn die Socialdemokraten seien Republikaner und Atheisten, und beides könne ein guter Christ nicht sein. Als Schreiber dieses das Wort zur Entgegnung verlangte, wußte Herr Marbe dies auf eine geschickte Weise zu hintertreiben, und so blieben seine Lügen unberichtigt in den Köpfen der Zuhörer haften. Es ist eine dreiste Lüge, zu behaupten, kein guter Christ könne Re-

In harter Schule.

Roman von Gustav J. J. J.

761

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung).

So lebhaft der empfangene Eindruck nun auch von den Theaterbesuchern geschilbert ward, war man doch weit entfernt, ihnen Glauken zu schenken. Es ward hin- und hergestritten, gespottet, gezweifelt, man bemühte sich, die Schauspielerinnen, welche diese Sensation erregt, von Angesicht zu Angesicht zu sehen, und da dies nur Wenigen gelang, so stieg die Neugierde auf das Höchste, und als zwei Tage später die Zettel die Nibelungen mit Fräulein Schmidt als Schrimhild verkündeten, da drängte man sich schon Stunden vor der Eröffnung des Theaters an die Kasse — und Lohmeyer rieb sich die Hände.

Was zuerst die Neugierde bewirkt hatte, das that von nun an die Bewunderung. Das Theater übte eine Anziehungskraft, wie sie, so lange das Seebad existirte, noch nicht erhört gewesen war. Man würde, hätte man gewußt, welcher Familie das junge Mädchen angehörte, entsetzt gewesen sein, daß sie die Traditionen ihres Hauses so weit vergessen, man würde sie beklagt und sich bemüht haben, sie zurückzuführen und den übereilten Schritt, den sie gethan, der Vergessenheit anheimfallen zu lassen. Leontine kam es dagegen vor, als habe sie einen weiten Weg zu freier Höhe erklimmen, als heiße eine Umkehr ein Rückschritt. Jetzt

erst wurde es ihr klar, daß sie sich nicht nur äußerlich von dem Kreise gelöst hatte, in dem sie geboren, sondern daß sie überhaupt für immer mit dessen Vorurtheilen und althergebrachten Anschauungen gebrochen habe.

Als sie an einem Abend, wo sie als Lady Macbeth wiederum reichen Beifall geerntet hatte, das Theater verließ, war es ihr unmöglich, sogleich in ihre Wohnung zurückzukehren, zu voll war ihr Herz. Sie kam sich wie wiedergeboren vor, und indem sie zum Strande ging, in die Wellen blickte und die Hand ins Meer tauchend, mit dem kühlen Raß ihre Stirn berührte, war es ihr, als empfangen sie die symbolische Weihe eines neuen Lebens.

„Jetzt, jetzt sind wir gleich!“ Küsterten ihre Lippen, „ich bin Künstlerin, du Künstler, Beide sind wir Bürger eines freien, schönen Reiches, nichts steht mehr zwischen uns! Aber,“ fügte sie nach einer Weile ernst hinzu, „denk er denn noch meiner, ich habe nichts wieder von ihm gehört!“

Sie versank in tiefes Sinnen, plötzlich ging es aber wie Sonnenschein über ihr Gesicht.

„Ich fühle und weiß es,“ sagte sie, „wir gehören zu einander. Eins ruhet fest und sicher im Anderen, wir werden uns wiedersehen, uns finden und halten, das sagt mir eine Stimme in meinem Herzen, so laut und deutlich, daß sie mich nicht täuscht. Getrost weiter, mein Weg ist jetzt hell, ich habe meine Kunst und meine Liebe!“

Der Ruf der vorzüglichen Künstlerin, die so

plötzlich im Lande der Obotriten aufgetaucht war, von der man, wie vom Mädchen aus der Fremde sagen konnte: „man wußte nicht, woher sie kam,“ hatte sich schnell in weiteren Kreisen verbreitet, und ehe noch die Badesaison zu Ende war, gingen ihr von mehreren Seiten höchst vortheilhafte Anerbieten für festes Engagement wie für Gastspiele zu.

In ihrer offenen Weise theilte sie diese Offerten sowohl dem Director wie Ehler mit.

„Sie sind jetzt eine Schauspielerin, welche den richtigsten Maßstab für ihr Wollen und Können in sich selbst hat, ich kann Sie getrost entlassen,“ sagte bei einer solchen Gelegenheit der Letztere.

„Aber wo bleibe ich denn?“ rief Lohmeyer und fuhr sich in seiner belebten Manier durch die Haare. „Das hat man dann davon, wenn man einen Schatz entdeckt.“

„Aber Lohmeyer, Du kannst doch nicht so egoistisch sein, zu wünschen, daß Fräulein Schmidt bei uns in unseren kleinen Verhältnissen bleibt,“ mahnte Ehler vorwurfsvoll.

„Auch Du, mein Sohn Brutus!“ rief der Director pathetisch. „Warum soll ich allein nicht egoistisch sein? Sind's jene Leute etwa nicht, die sie mir abwendig machen wollen? Aber ich begreife Dich nicht, daß Du Dich so leicht von Deiner Schülerin trennst, oder willst Du mich etwa auch verlassen?“

Er trat ihm ganz nahe und sah ihn durchbohrend an.

„Lohmeyer, Du glaubst ja selbst nicht, was Du

publikaner sein. Papst Leo XIII. hat bekanntlich den Grundsatz proclamirt, daß sich die christliche Lehre jeder Staatsform anpassen und unter jeder Staatsform existiren könne. Und in der That zählt die katholische Kirche sowohl wie die reformirte Kirche in Frankreich, in der Schweiz, in Amerika Millionen frommer und treuer Anhänger. Es ist ferner bekannt, daß Papst Leo sogar eine besondere Vorliebe für das republikanische Frankreich hat und aus seinen Sympathien für dasselbe kein Hehl macht. Es hindert also den guten Christen gar nichts, auch ein guter Republikaner zu sein. Anders ist es freilich mit dem Verhältniß zum Atheismus. Ein Christ kann nicht gleichzeitig auch Atheist sein. Aber es verlangt auch andererseits kein Mensch, daß jeder Socialist Atheist sein müsse. Das socialdemokratische Programm erhebt mit keinem Wort einen solchen Anspruch und wir wenden uns nie an einen Juden, Katholiken oder Atheisten, sondern an den Bürger, an das Volk, dessen Glaubensbekenntniß wir unangetastet lassen.

Die Behauptungen des Abgeordneten Warbe sind demnach unwahr; man kann wirklich guter Christ und gleichzeitig Socialdemokrat sein und als Beispiel hierfür erwähnen wir nur den Stuttgarter Theologen v. Wächter.

Fast einer Tagesfrage gleich wird in der Schweiz das Doppelthema Christenthum und Socialismus behandelt. Eine Anzahl Geisler steht dem Socialismus sehr nahe, so z. B. der als Freund Friedr. Albert Lange's bekannte Pfarrer Rambli in St. Gallen, dem sich Gleichgesinnte in anderen Cantonen anreihen. Verschiedene Politiker waren früher Pfarrer. So der zürcherische Minister Locher, der alte Demokrat Ziegler in Winterthur, der bekannte St. Galler Socialdemokrat Paul Brandt und sein College vom dortigen „Stadt-Anzeiger“, Theodor Wirth.

Paul Brandt hielt in den letzten Tagen fast in allen Theilen der Schweiz Vorträge über Christenthum und Socialismus. Er behandelt die beiden Lehren in folgender Weise. Socialdemokratie und Christenthum, sagt er, werden noch vielerorts als feindliche Gegensätze betrachtet, aber mit Unrecht, das kommt nur von irrigen Vorstellungen über das Wesen beider. Was ist Christenthum? Was ist Socialdemokratie? In welchen Verhältnissen stehen Beide zu einander? Diese Fragen müssen vor Allem erörtert werden.

Was ist Christenthum? Auf diese scheinbar einfache Frage erhält man die verschiedensten Antworten. Denn fast Jedermann hat seine besondere Ansicht darüber, je nachdem er dieser oder jener Glaubensrichtung angehört. Das Christenthum liegt nicht da, wo man es zu suchen pflegt; es liegt weder im Katholizismus, noch im Protestantismus und wie die verschiedenen Glaubensbekenntnisse alle heißen. Um die richtige Antwort zu finden, muß man auf den Gründer des Christenthums zurückgehen. Christus war weder Katholik noch Protestant, weder Positiver (Orthodoxer) noch Reformier. Was hat nach dem Neuen Testament Christus gewollt oder nicht gewollt? Er wollte keineswegs gewisse Lehren aufstellen zwischen Himmel und Erde, zwischen Erde und Menschen, sondern

er wollte den Menschen eine gute Botschaft bringen, welche lautet: „Du sollst Gott (das Ideal) über Alles lieben und Deinen Nächsten wie Dich selbst!“

Was ist Socialdemokratie? Sie ist eine Partei, die sich nicht mit der Frage über die Entstehung der Welt, Ursprung und Zweck des Lebens u. s. w. befaßt, sondern eine Partei, die sich mit dem befaßt, was hier ist und der Mensch für's Leben braucht. Sie ist eine demokratische Partei und mit Recht, denn das Volk weiß selber am Besten, was es für's Leben braucht, es soll daher befehlen und nicht von den Launen eines oder mehrerer Herrscher abhängig sein. Aber sie will nicht die Volksherrschaft ohne materiellen Inhalt, denn von politischen Rechten allein kann das Volk nicht leben, so wenig wie ein einzelner Mensch. Darum will sie der Demokratie einen materiellen Inhalt geben, und dieser materielle Inhalt heißt Socialismus; daher der Name „Socialdemokratische Partei“.

Was ist Socialismus? Antwort: Gemeineigentum. Es darf kein Privateigentum geben an dem, was wir brauchen zum Arbeiten, Produciren. Die Socialisten verpönnen nicht alles und jedes Privateigentum, wie irrtümlich behauptet wird, sondern nur das Privateigentum an den Produktionsmitteln, an den Mitteln, die unumgänglich notwendig sind, um etwas zu produciren, und deren das Volk bedarf, um zu leben. Privateigentum an Consumgütern kann bestehen bleiben. Produktionsmittel sind:

1. Grund und Boden, von dem und auf dem wir Alle leben müssen. Es hat gewiß keinen rechten Sinn, daß einige Wenige den unvermehrten Erdboden, welchen der „Schöpfer“ allen lebenden Generationen geschenkt hat, als ihr ausschließliches Privateigentum in Beschlag nehmen dürfen, wie es z. B. in England, Deutschland der Fall und auch in der Schweiz gestattet ist, so daß sich thatsächlich auch hier das Eigentum am Boden allmählig in wenige Hände vereinigt.

2. Werkzeuge, Maschinen, Häuser zc. Warum wollen wir den Socialismus? Einfach deshalb, damit es nicht mehr vorkommen kann, daß Einzelne, die zufällig im ausschließlichen Besitze der Produktionsmittel sind, über Leben und Gesundheit der Mitmenschen bestimmen können, wie es gegenwärtig der Fall ist. Nur wenn die Gesamtheit Alles besitzt, was sie zur Production, also zum Leben, nöthig hat, ist jeder Einzelne vor Noth und Mangel geschützt.

Die Socialisten verlangen aber noch mehr, als den gemeinschaftlichen Besitz aller Produktionsmittel; denn das wäre nicht genug. Sie verlangen, daß alle arbeitsfähigen Leute den gemeinsamen Besitz auch gemeinschaftlich bearbeiten, denn nur die Gesamtheit darf befehlen, was, wieviel und wie lange gearbeitet werden soll; der Wille der Gesamtheit wird sich nach den Bedürfnissen richten. Wir verlangen also gemeinschaftliche Arbeit mit zweckmäßiger Arbeitsteilung, deren Vortheile übrigens heute schon anerkannt sind.

Endlich verlangen wir gemeinschaftlichen Genuß. Es wird immer Leute geben, die in Folge ihrer Jugend, ihres Alters oder in Folge Krankheit nicht arbeiten können. Wer nicht arbeiten kann, soll doch halb nicht Hunger leiden, wie es mit Unrecht jetzt der Fall ist. Mit dem, was alle arbeitsfähigen Leute erzeugen, müssen Alle ernährt werden.

Der Socialismus ist also: 1. Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, 2. genossenschaftliche Arbeit und 3. gemeinschaftlicher Genuß.

Nun die dritte Frage: In welchem Verhältnisse stehen Christenthum und Socialdemokratie zu einander?

Das Christenthum ist etwas Innerliches, Socialdemokratie etwas Außerliches. Beide schließen einander nicht aus; im Gegentheil, das Christenthum führt zur Socialdemokratie, denn letztere ist ja nur ein Ausfluß des ersteren.

Wie stellt sich die heutige Gesellschaft zum Wesen des Christenthums? Die heutige Gesellschaft hat sicherlich kein Recht, sich eine christliche Gesellschaft zu nennen! Denn Eines ist klar: Dieselbe beruht nicht auf der christlichen Nächstenliebe, sondern auf ihrem Gegentheil, dem Egoismus, der Selbstsucht. Die Grundsätze, nach denen im Geschäftsleben in allen Beziehungen verfahren wird, die Art, wie Frauen und Kinder im Productionsproceß und von der Erziehungsbehandlung (Frauen politisch rechtlos, privatrechtlich verachtet) werden u. s. w. sind dafür hinlängliche Beweise.

Aus diesen Thatsachen ergiebt sich mit logischer Nothwendigkeit der Schluß: Wer heute ein Christ sein will, nicht bloß mit Worten, sondern mit der That, wer ein wahrer Christ, statt ein bloßer Scheinchrist sein will; wer dem Geiste des Christenthums gemäß leben und Nächstenliebe üben will, der muß die heutige Gesellschaftsordnung verdammen helfen, an Stelle des Egoismus den Socialismus herbeiwünschen und Socialdemokratie werden. Anders geht es nicht.

Ändere man daher die Verhältnisse, ändere man sie im Geiste des Christenthums und damit im Sinne der Socialdemokratie, welche nichts Anderes ist, als die werththätige Nächstenliebe, die alle bestehenden Gegensätze in Harmonie verwandelt und Jedem ein menschenwürdiges Dasein sichert! Dann, aber erst dann wird endlich Friede auf Erden! (Schluß folgt)

Politische Rundschau. Deutschland.

Wie Miquel will, die Finanzminister halten sich. Die Vorbesprechung der süddeutschen Finanzminister findet nicht statt. Die „Karlsruher Zeitung“ ist zu der Mittheilung ermächtigt, daß von einer Ministerconferenz in badischen Regierungskreisen nichts bekannt ist.

Ein neuer Vorstoß des Königs Stumm. Das Organ des Königs Stumm, das nicht müde wird, neuerdings eine neue Auflage des Socialistengesetzes zu rufen, hat in seiner Sonntagsnummer wieder einmal den Vogel abgeschossen. In einer Betrachtung über den „gemeinsamen Feind“, die Socialdemokratie, fordert

Zu seiner geheimen Verwunderung drang auf Hortense gar nicht darauf, den Aufenthalt auf den Gütern mit dem in der Hauptstadt zu vertauschen. Sie hätte sich gern überredet und überredete sich auch genug, die Lust am Landleben entpriehe bei seiner jungem Gemahlin aus dem Wunsche, möglichst viel ungestört in seiner Gesellschaft zu leben, hätte sie nicht, als es im Frühling hieß, der Stadt zu rücken, als es im Frühling hieß, der Stadt zu rücken, in ziemlich energischer Weise seine Pläne, den ganzen Sommer auf den Gütern zu bringen, widerlegt.

Der Baron hatte diesen Plan — zum ersten Male in seinem Leben — aus ökonomischen Rücksichten gefaßt; er hoffte auf dem Lande seine Einnahmen und Ausgaben endlich wieder in Einklang bringen zu können. Er mußte sich bald überzeugen, daß er die Rechnung ohne den Wirth gemacht hatte. Zuvörderst hatte Hortense es ihm abgeschmeichelt und abgetroßt, daß im Juli und August mit ihr auf Reisen gegangen war. Ihre Gesundheit hatte durchaus zuerst eine Kur in einem Badeorte der Schweiz und später eine Kur in Ostende nothwendig gemacht. Erst im September war man zurückgekehrt. Uebermüdet und einem bedeutenden Deficit, aber doch mit einer gewissen Befriedigung — die beiden Gatten waren wenigstens alle dunkel Livienne und Tante d'Arcoart befanden sich auf Reisen und hatten beschlossen, zum Winter wieder gemeinschaftlich einen eigenen Haushalt in Berlin einzurichten. (Fortsetzung folgt)

da sagst,“ versetzte Ehlert ruhig. „Ubrigens hast Du Dich von Anfang an darauf gefaßt gemacht, Fräulein Schmidt bald zu verlieren.“

„Ja, das habe ich! Nur um zu verlieren, müssen wir erwerben! Aber es thut wehe! Wohin wollen Sie gehen? Welches Anerbieten nehmen Sie an?“ wandte er sich dann plötzlich an Leonine, welche der Scene bis dahin stillschweigend beigewohnt hatte.

„Ich habe mich noch für Nichts entschieden, ohne Ihren Rath ihue ich nichts,“ antwortete sie.

„Und wenn ich Ihnen nun riethe, bei mir zu bleiben?“

„So thät' ich's, denn ich glaube, es wäre so zu meinem Besten. Ich habe Sie nicht als Egoist kennen gelernt, Herr Lohmeyer,“ sagte sie, ihm die Hand reichend.

Der kleine Mann hustete, als sei ihm plötzlich etwas in die Kehle gekommen.

„Ich bin doch ein Egoist!“ rief er, „denn ich lasse Sie nicht, ehe Sie mir nicht etwas versprochen haben!“

„Und das wäre?“

„Jedes Jahr bei mir zu gastiren.“

„Hier meine Hand, Herr Lohmeyer, ich schließe nirgends ein Engagement ab, ohne diese Bedingung in den Contract mit aufgenommen zu haben.“

„Lassen Sie sich umarmen, Kind, es ist nichts Böses dabei, ich könnte Ihr Vater sein!“ rief der Director und legte seinen Arm um Leonine's Taille. „So sei es! Meine Bühne soll Ihre Heimat sein,

zu der sie alljährlich wie ein Kind in's Vaterhaus zurückkehren.“

Leonine seufzte. Dieser Mann kot ihr das Vaterhaus. Aber nur kurze Zeit gab sie sich dieser Beträugung hin; bald hatte sie den Eindruck überwunden und überlegte mit ihrem Berathern, wie sie über ihre nächste Zukunft entscheiden sollte.

Man beschloß, daß sie zunächst noch kein festes Engagement annehmen, sondern während des Herbstes und Winters der Reihe nach an verschiedenen Theatern gastiren sollte.

„Wenn es zum Engagement kommt, so wünsche ich für Sie das Berliner Hoftheater,“ sagte Ehlert.

„Nie, niemals!“ rief Leonine.

„Das wird sich finden,“ antwortete Ehlert, der glaubte, sie wage nicht, darauf zu hoffen. „Gastiren Sie nur erst an einigen anderen bedeutenden Bühnen und Sie werden sehen, man bietet Ihnen dort Engagement an.“

XXVII

Der Herbst war gekommen, die Eröffnung des Landtags stand vor der Thür, aber Baron Reina machte noch immer keine Anstalten, in die Residenz zurückzukehren. Er hatte vorläufig einen längeren Urlaub genommen und dachte sogar daran, sein Mandat niederzulegen; der Aufenthalt in Berlin war ihm verleidet, ohne daß er sich die Gründe dafür recht einzusehen wagte; er fürchtete sich vor einer zweiten Auflage der Saison, welche er im letzten Winter daselbst verlebt hatte.

zu thatkräftigem Kampfe gegen die Umstürzler auf. Wie der Kampf zu führen ist? Reich, Staat, Provinz, Kreis, Gemeinde, alle öffentlichen Körperschaften sind verpflichtet, keinen Socialdemokraten als Angestellten zu dulden. „Die Gesinnung allein mag passieren, sobald sie sich aber in Thaten zu Gunsten der Socialdemokratie äußert, wird die Beseitigung der betreffenden Arbeiter zu erfolgen haben.“ Daß die Reichs- und Staatsbetriebe, wie die öffentlichen Körperschaften diesen Grundsatz bereits befolgen, soweit sie es vermögen, ist ja allbekannt. Aber hinter das Geheimniß des Stimmzettels zu kommen, ist nicht leicht, und mit einem Schläge die vielen Zehntausende von Staatsbediensteten, Arbeitern, kleinen Beamten, die socialdemokratisch wählen, heraus zu stoßen und an die Luft zu setzen, geht das wirklich so im Hindumdrücken? Wenn es bloß um die Meinungsfreiheit ginge, die jedem verfassungsmäßig verbürgt ist auf dem Papier, dann ließen sich die Oberen keine grauen Haare wachsen. Jedoch das Gift des Socialismus hat sich schon durch alle Kanäle der Beamtenorganisation ergossen. Wo ist der Koch, der das wirksame antisocialistische Tuberkulin entdeckt? Die „Post“, die sich nicht genug darüber entrüsten kann, daß die socialdemokratische Fraction im Reichstag von ihrem Recht, soweit sie es für gut befindet, Gebrauch macht und ihre Boykotten in den Commissionen nach ihrem Befinden besetzt, wirbt voll Ingrimm über die Dummheit des Geldsacks gegen das Wachsthum der Arbeiterbewegung die Kollegen des Herrn von Stumm zur eifrigen Mitarbeiterschaft an der Rettung und Aushungerung socialdemokratischer Arbeiter.

Ein allgemeines planmäßiges Vorgehen sämtlicher staatlichen und kommunalen Verwaltungen nach dieser Richtung würde sicher schon viel helfen. Aber es wird auch unterstellt werden müssen durch ein entsprechendes Verhalten der wirtschaftlichen und socialen Autorität, welche in den Kreisen der Arbeitgeber zu finden ist. Je größer der Betrieb, je größer die Autorität der Betriebsleitung, um so dringender ist die Pflicht, unter der Arbeiterschaft sorgsam die Böden von den Schalen zu scheiden. Der Arbeitgeber, der so verfährt, handelt nicht nur sich und seiner Arbeiterschaft, welche er so vor der Ansteckung durch die Socialdemokratie bewahrt, zum Segen, sondern erfüllt auch seine patriotische Pflicht gegenüber denjenigen Kreisen, in denen er Ansehen genießt und welche auf sein Beispiel blicken. Die consequente Durchführung des Grundsatzes, in der Arbeiterschaft keine Arbeiter zu dulden, welche die Socialdemokratie in äußerlich hervortretender Weise unterstützen, kann persönliche Härten und wirtschaftliche Nachteile nach sich ziehen; allein einer so größeren Gefahr gegenüber, wie sie in dem Anwachsen der Socialdemokratie liegt, müssen diese Schattenseiten als das weitaus kleinere Uebel in Kauf genommen werden. Auch wird schon im Interesse größerer Wirksamkeit mit dem planmäßigen und energischen Vorgehen gegen Fieber und Agitatoren die liebevollste Fürsorge für das ruhige und gutwillige Gros der Arbeiterschaft Hand in Hand gehen müssen. Allzu sehr darf erhofft werden, daß dem Fortschreiten der Socialdemokratie ein wirksamer Damm entgegengeleitet und in der Zukunft einmal mit Recht gesagt werden kann, daß die Socialdemokratie ihren Höhepunkt überschritten hat.

Die gemeinschädliche Bösartigkeit der Gesinnung, wie sie in dieser „Post“-Betrachtung ungeschminkt und beredt zum Ausdruck kommt, wird nur übertroffen durch ihre öde Beschränktheit. Wenn das Organ des Pöbels in Seidenhüten uns doch zeigen möchte, wie einige Millionen deutscher Arbeiter mir nichts dir nichts von ihren Ausbeutern als „politisch verdächtig“ aufs Pflaster gelegt werden können! Die Summen und Genossen mögen ihre Brutalität gegen die socialdemokratisch gesinnten Arbeiter noch steigern — wenn das möglich ist —, der Socialismus hat die Masse ergriffen und wird über die schädigen Blutmacher und ihre litterarischen Troßbuben triumphieren.

Die Angelegenheit Kalthoff. Den Chor der Heizer gegen den Bremer Geistlichen Kalthoff, der im socialdemokratischen Discutierclub einen Vortrag über Redekunst zu halten gewagt hatte, führte die „anständigen“ liberalen „Weser-Zeitung“. Herr Kalthoff hatte nun an die Redaction der „Weser-Zeitung“ eine Erklärung gesandt, in der er den Verdacht der Zugehörigkeit zur socialdemokratischen Partei zurückwies und erklärte, daß er als evangelischer Prediger über den Parteien stehe. Die Redaction der „Weserzeitung“ nahm die Erklärung in ihren Spalten jedoch nicht auf. Einer weiteren Zuschrift des Dr. Kalthoff, die dem liberalen Blatte trefflich die Wege weist, gab die Redaction der „Weser-Zeitung“ endlich Raum.

Die Zuschrift lautet:

„An die Redaction der „Weser-Zeitung“ hier.

Von meiner ursprünglichen Absicht, das System der Verdächtigung, welches Sie in der Angelegenheit eines von mir in einem socialistischen Verein übernommenen Vortrages betrieben haben und welches sich mir nach Ihrer Weigerung, eine von mir gegebene Erläuterung abzubringen, als ein bewußtes und beabsichtigtes qualifizirt, einer gehörenden öffentlichen Kritik zu unterziehen, habe ich nach

Mißsprache mit den Bauherren meiner Gemeinde vorläufig Abstand genommen, behalte mir indeß vor, an geeigneter Stelle auf die Sache zurückzukommen. Ich will Ihnen heute nur mein Urtheil über Ihr Verhalten dahin aussprechen, daß durch die von Ihnen geübte, von zahlreichen urtheilsfähigen Männern meiner Bekanntheit auf das Schärfste verurtheilte journalistische Praxis die „Weser-Zeitung“ in meinen Augen auf gleiche Stufe mit Pressorganen gestellt ist, mit denen ich bisher Ihre Zeitung noch nicht identificirt habe. Was ich von dem Freisinn, den Ihr Organ zu vertreten vorgiebt, halte, werden Sie sich selber sagen können. Dr. Kalthoff.

Liebliche Zustände im lieblichen Thüringen. Die „Frankfurter Zeitung“ bringt einen Artikel über die Arbeitslöhne, dem wir Folgendes entnehmen:

„Die in dem meiningischen Orte Steinach und dessen Umgegend befindlichen Schiefergriffelbrüche, durch welche die ganze Welt mit Schiefergriffeln versorgt wird, sind zum großen Theil seit zwei Jahren vom meiningischen Staate in Verwaltung genommen worden. Der Fiskus betreibt hier ebenso wie bei den Tafel- und Dachschieferbrüchen in Lehesten ein kaufmännisches Geschäft. In Berücksichtigung des Umstandes, daß neuerdings der Griffelpreis in die Höhe gegangen ist, hat der Fiskus mit der Verbesserung der recht elenden Lage der Arbeiter insofern einen kleinen Anfang gemacht, als er den Lohn pro Tausend Griffel um 10 Pfennige erhöht hat (Großartige Verbesserung. Feb. d. „Volksw.“), so daß die Arbeiter jetzt thatsächlich 15 Mark statt wie bisher 13 Mark verdienen. Immerhin wenig genug, zumal dabei Weib und Kind mitarbeiten müssen. Freilich verdienen die Arbeiter anderer Industriezweige auf dem Thüringer Wald noch weniger: die geschicktesten Perlenmacher in Lautcha verdienen 1 Mark bis 1 Mark 20 Pfennige täglich bei 15stündiger Arbeitszeit, wenn die Nebenarbeiten von Familienangehörigen besorgt werden; Augenmacher und Schachtelmacher verdienen täglich 1—2 Mark. In Igelshieb bringt es ein Perlenarbeiter ohne Familie auf 50 Pfennige täglich, mit Familie auf 1 Mark und in Steinheid verdienen die Augenmacher etwa 10 Mark wöchentlich. Indessen mögen diese Arbeiterklassen nicht mit den Griffelmachern tauschen, weil die Arbeit derselben eine aufreibende ist, denn die Griffelmacher sind Sommer und Winter im Griffelbruch beschäftigt, und dadurch auch zu größeren Ausgaben genöthigt, weil sie gezwungen sind, einen doppelten Haushalt zu führen. Die Erhöhung des Arbeitslohnes um 10 Pfennige pro Tausend, bedingt für den Fiskus eine Mehrausgabe von 27 000 Mark, da jährlich 270 Millionen Griffel geliefert werden. Noch übler dran, als die genannten Industriezweige, sind die Gothaer Handwerker, die bei 14- bis 15stündiger Arbeitszeit nur einen Wochenlohn von 7 Mark erzielen, und am schlimmsten ergeht es den Stein- resp. Märbelpickern im Sachsendorfer Grund. Durch den Wassermangel der letzten zwei Jahre haben die Märbelmühlen bei Weitem nicht so viel Märbel herstellen können, als ihnen Vorräthe von den Pickern geliefert wurden. Dadurch wurde der Preis für das Tausend Märbelsteine auf 25 bis 26 Pfennige herabgedrückt, wovon aber noch etwa 10 Pfennige für Aufwand abgehen. Bei 16- bis 17stündiger Arbeit bringt ein Märbelpicker wöchentlich 30 000 Stück fertig, er verdient also wöchentlich höchstens 5 Mark.

Soweit die Statistik. Es ist nicht nöthig, einen Commentar dazu zu machen. Diese hier angegebenen Zahlen sprechen ganze Bände von dem Elend und der Noth der Arbeiter und der unerhörten Ausbeutung des Capitals. — Aber wir leben in der Besten dieser Welten!

Capitalistische Pharisäerei. Die bürgerlichen Blätter gefallen sich gegenwärtig mit folgendem Proöchen geldsagprohiger Scheinheiligkeit:

„Sommerfrische für Näherinnen. Der Plan, durch mühselige Arbeit bei schlechten Ernährungsverhältnissen blutarm geworden und zu Lungenkrankheiten prädisponirte arme Näherinnen zu ihrer Kräftigung auf einige Wochen in die Sommerfrische nach einem Orte zu senden, wo sie bei frugaler Nahrung in frischer Waldbluft neue Kräfte für ihre Berufsarbeit sammeln können, ist zu Wiesbaden aufgetaucht und findet in den weitesten Kreisen der Einwohnerschaft lebhaftes menschlichen Entgegenkommen, so daß bereits mit der Auslieferung solcher Mädchen begonnen worden ist. Als Ort ist das Dörfchen Eppstein im Taunus ausersehen worden, wo die Mädchen bei dem dortigen Lehrer Unterkommen finden. Bereits seit einigen Wochen dort mehrere Mädchen untergebracht, die nächstens zurückkehren werden, um anderen Platz zu machen.“

Sollte, so fügen die menschenfreundlichen Soldschreiber hinzu, sich ein solch' menschenfreundliches Werk nicht auch hier ermöglichen lassen?

Treffend bemerkt hierzu unser Mannheimer Bruderorgan:

„O der Heuchelei! Wahrlich eine saubere „Nächstenliebe“, die ruhig zusieht — und vielleicht selbst mithilft — wenn ein junges Menschenleben durch capitalistische Ausbeutung, durch Noth und Elend an den Rand des Grabes gebracht wird, und dann den unglücklichen Nebenmenschen mit einigen kleinen Groschen, vielleicht mit denselben, die man an ihm selbst abgezwickelt hat, vom Rande des Grabes zurückzureißen sucht, um ihn auf's Neue der capitalistischen Ausbeutung in die Arme zu treiben! Kennt ihr das Nächstenliebe? Und glaubt ihr, mit einem drei oder vielleicht vierwöchentlichen Landaufenthalt könntet ihr den Keim, den der gewissenlose Arbeitswucher in Hunderte und Tausende arme Näherinnen gesenkt hat, erlösen? Heuchlerische Brut! Wenn es Euch ernst ist mit Eurer menschenfreundlichen Beginnen, so sucht die Krankheit, nicht die Begleiterscheinung zu curiren. Greift das Uebel an der Wurzel an. Steht uns bei und geht der gemeinen Ausbeuterei auf den Leib, die an diesen armen Geschöpfen begangen wird. Sorgt dafür, daß endlich unserer Forderung auf einen achtstündigen Maximalarbeitsstag erfüllt werde und daß die armen Mädchen nicht 14, 16, ja sogar 18 Stunden tagtäglich über ihrer Näherlei sitzen müssen und keine Minute Zeit haben, um ihren geschwächten Körper durch einen Gang in die freie Luft zu stärken. Sorgt dafür, daß sie anständig bezahlt werden, damit sie sich entsprechende Nahrung, Kleidung und Wohnung beschaffen können und nicht Jahr aus, Jahr ein auf Brot und Kaffee und Kaffee und Brot angewiesen sind, wenn sie sich nicht der Prostitution in die Arme werfen wollen. Mit einem Worte: Sorgt dafür, daß sie menschenwürdig leben können. Dann könnt Ihr Euch die Ehrenbezeichnung der Menschenfreundlichkeit heiligen, und dann spart Ihr auch Euer nachträgliche Heuchelei, darauf berechnet, die große dumme Masse der Lohnsklaven an der goldenen Kette festzuhalten, um sie leichter ausbeuten zu können.“

Ueber schädigende Concurrenz der Strafanstaltsarbeit werden bekanntlich häufig nicht unberechtigte Klagen aus Handwerkerkreisen laut. Der „Germania“ schreibt man: „In preussischen Abgeordnetenhaus wurde auch schon wiederholt auf die Berechtigung dieser Klagen hingewiesen. Im Ministerium des Innern, dem die Zuchthäuser unterstellt sind, hat man denn auch dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Bisher wurde die Arbeitskraft der Sträflinge an Privatunternehmer vergeben, die dadurch sehr geringe Arbeitslöhne hatten und so vor ihren minder begünstigten Concurrenten im Vortheil waren. Das soll nun, wie dem „Gann. Courier“ mitgetheilt wird, so viel als möglich beschränkt werden. Einer der früher bereits zu diesem Zwecke gemachten Versuche bewegte sich in der Richtung, daß man gewisse, für die Eisenbahnverwaltung bestimmte Gegenstände, z. B. Gurte, Polsterarbeiten und dergleichen, in den Strafanstalten herstellen ließ. Es zeigte sich jedoch bald, daß hierbei nur ein verhältnismäßig so geringer Bruchtheil der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte beschäftigt werden konnte, daß auf diesem Wege die Frage der Strafanstalts-Arbeit nicht zu lösen war. Das Ministerium des Innern setzte sich alsdann mit dem Kriegsministerium in Verbindung. Es bestehen seit einigen Jahren bei allen Armeecorps Corpsbekleidungsämtern, die den Bedarf der Truppen an Uniformstücken für Friedens- und Kriegzeiten herstellen sollen. Sie sind jedoch nicht im Stande, den gesammten Bedarf zu bewältigen, und man ist deshalb dazu übergegangen, hier die Strafanstaltsarbeit in Anspruch zu nehmen. Jedem Armeecorps sind einige Strafanstalten zugewiesen worden, in denen der von den Corps-Bekleidungsämtern nicht selbst gedeckte Bedarf an Bekleidungsgegenständen hergestellt wird. Man will nun aber, wie die „Schles. Ztg.“ mittheilt, noch weiter gehen und nicht nur einen Theil der Arbeitskräfte in den Strafanstalten in der angebotenen Weise verwerthen, sondern sie sämtlich dem Wettbewerb mit dem freien Handwerk entziehen, und zwar sollen zu diesem Zwecke die Strafanstalten soviel als möglich zur Deckung ihrer eigenen Bedürfnisse und der gleichartigen Anstalten herangezogen werden. So werden schon jetzt die für den Neubau der Gefangenenanstalt in Wohlau erforderlichen Thüren, Fenster und Gitter durchweg in Zuchthäusern in Rawitsch angefertigt, und man beabsichtigt später auch die Maurerarbeiten u. dergl. bei der Neuerrichtung solcher Anstalten von den Sträflingen ausführen zu lassen. Allerdings wird dadurch im Augenblick manchen Handwerkern Arbeit entzogen werden, die ihnen sonst im Submissionsverfahren zugefallen wäre. Immerhin aber ist der Grundgedanke dieses Verfahrens durchaus zu billigen, bei dessen Durchführung einerseits

das freie Handwerk von einer gefährlichen Concurrenz befreit und andererseits der Staatsverwaltung ein sparsameres Wirtschaften ermöglicht wird. In wie hohem Grade das letzte der Fall ist, zeigt z. B. die Thatsache, daß man für den erwähnten Neubau in Wohlau mit weniger als der Hälfte der im Staatshaushaltetat dafür bewilligten Summe auszukommen hofft." Und dabei ist uns bekannt geworden, daß Strafaufsichtsdirectoren erklärt haben, weil die Löhne der "freien Arbeiter" erbärmlich niedrig wären, könnten sie mit der "freien Arbeit" kaum concurriren, kaum Aufträge erhalten und die Sträflinge beschäftigen!

Geldsack-Patriotismus. Die Leipziger Geldsäcke wollen heuer St. Sedan nicht am 2., sondern am 3. Septem ber feiern, weil letzterer ein Sonntag ist. Würde am Sonnabend gefeiert, so müßten sie den Arbeitern den Lohn bezahlen, da die neue Arbeiterchutzgesetz-Bestimmung es nicht erlaubt, daß man den Arbeitern willkürlich Feiertage gibt und ihnen den Tageslohn vorenthält. Mit Recht bemerkt der "Vorwärts" dazu: So lange Sanct Sedan auf Kosten der Arbeiter gefeiert werden konnte, war es der große Nationalfeiertag. Jetzt, da dies nicht geht, und der Patriotismus Geld kostet, wird Sanct Sedan in eine Ecke gesteckt, wo er nicht im Wege ist. Wo das Geld zahlen anfängt, da hört der Geldsacks-Patriotismus auf.

Zimmer vorwärts auf der Bahn zur Cultur. Cavallerie Sprengpatronen sind wohl das Neueste auf dem Wege der kriegs Erfindungen für Militärzwecke. Mit einer Patrone kann eine Eisenbahnstrecke auf die Länge von 25 Centimeter zertrümmert werden, wirkungsvoll genug, um eventuell einem ganzen (natürlich nur feindlichen) Eisenbahnzug tolles Verderben zu bringen. Jedes Cavallerie-Regiment führt 32 solcher Patronen mit und sollen dieselben sehr bequem sein. (Selbstverständlich!)

Militärisches. Ein aufregendes Schauspiel bot sich, so schreibt die "Elbs-Lothringische Volks-Zeitung" aus Mülhausen i. El., am Donnerstag Nachmittag gegen 4 Uhr mehreren Herren, die sich zufällig in der Nähe der Militär-Schwimmhalle befanden. Ein Soldat, von welchem Regiment konnten sie nicht feststellen, war eben dabei, sich freizuschwimmen. Er mußte zu diesem Zweck eine größere Strecke durchschwimmen, wobei er von zwei Unteroffizieren in einem Boot begleitet wurde. Der Mann zeigte alle Anzeichen großer Ermüdung und rief den begleitenden Unteroffizieren, die mit ihrem Boot ungefähr 1 1/2 - 2 Meter von ihm entfernt waren, mehrmals zu: "Ich kann nicht mehr!", worauf jedesmal die gleichgiltige Antwort: "Nüchig! Tempo!" erfolgte. Plötzlich sank er unter, ohne wieder auf der Oberfläche zu erscheinen. Erst nach Verlauf von mindestens 20 Minuten wurde der Körper aufgefunden und mit demselben nun Wiederbelebungsversuche vorgenommen, die soweit wir feststellen konnten, keinen Erfolg hatten. Fügen wir zur Vervollständigung des Bildes noch bei, daß der aufrichtsführende Offizier während der Zeit des Unfalls genau bei einem Besuch in seinem Zelte saß. Jeder, der die Annehmlichkeiten der deutschen "Ferienkolonien" kennen gelernt hat, weiß davon zu erzählen, daß das Schwimmenlernen und die es begleitenden Umstände sehr oft dauernde Nachteile bei den Soldaten hervorrufen. Neben Herzklappenfehlern kommen nämlich Trommelfellzerstörungen vor, besonders in solchen Garnisonen, wo der Mann gezwungen wird, von bedeutender Höhe (10 und mehr Meter) in das Wasser zu springen. Daß man den Mann beim Schwimmen direct ertrinken läßt, auch das steht nicht vereinzelt da!

Diner-Zwang für Volksschullehrer. Man lese folgendes Schreiben des Kreis-Schulinspectors Burckhardt in Mülheim a. Rh. an die ihm unterstellten Lehrer und Lehrerinnen:

Mülheim a. Rh., den 16. Juli 1893.
 Herr Lehrer A., Wohlgebornen zu A.
 Sonnabend, den 29. Juli 1893, wird Vormittags, Punkt 11 Uhr, die diesjährige Frühjahrsconferenz im Saale des Herrn Magdeburg hieselbst abgehalten werden. Ein Wohlgebornen ersuche ich ergeben, den Herren Lehrern und Fräulein Lehrerinnen der dortigen Bürgermeisterei hieron Kenntniß zu geben. Gleichzeitig bittet Sie, eine Liste der sämtlichen Herren Lehrern und Fräulein Lehrerinnen Ihrer Bürgermeisterei gefälligst im Umlauf zu legen, behufs Angabe, ob dieselben an dem Mittagsessen sich beteiligen wollen oder nicht. Diese Liste wollen Sie längstens bis zum 25. Juli hier einfinden. Diejenigen, welche an dem zu Mittagessen nicht teilnehmen wollen, haben vorher die Genehmigung bei mir einzuholen.
 Der königliche Kreis-Schulinspectör:
 Burckhardt.

Ein solcher Ulas, der den Lehrern den Ess-Zwang auferlegt, büßt den Reiz der Neuheit. Vollerzigt sorgt der unterzeichnete Kreis-Schulinspectör, der so rücksichtslos seine Amtsbefugnisse übergründet, zugleich dafür,

daß die Lehrer auch die Mittel für solche Ausgaben erhalten.

Gar merkwürdige Folgen hat ein Wahlprotest im achten badischen Wahlkreis gehabt. Der socialdemokratische Vertrauensmann in Baden, Baden, Kaufmann A. Hüber, wurde am 26. d. Mts. auf Anordnung der Verstaatsanwaltschaft aus seinem Geschäft heraus verhaftet, weil ihm wegen widerrechtlicher Anschulbigung der Proceß gemacht werden soll. Hüber hat als Vertrauensmann und Vorsitzender des Wahlcomitees für den achten badischen Reichstagswahlkreis eine Beschwerde unterzeichnet gegen schwere Wahlbeeinflussungen in Görden im Murgthl. Es wird also jetzt der Stül umgedreht und gegen Hüber eingeschritten. Eine Freilassung gegen Caution wird nicht gestattet, da Collusionsgefahr vorliegt. Daraus darf man schließen, daß alle als Zeugen zu Gunsten der Beschwerdeführer etwa ramhaft zu machenden Personen in den Verdacht der Mithäterschaft gerathen und der Collusionshaft verfallen. Für Herrn Hüber, welcher sein Ladengeschäft ohne jegliche Hilfe betreibt, involvirt die Haft eine schwere Geschäftschädigung.

Die Mannheimer "Volksstimme" bemerkt dazu: Die Oberstaatsanwaltschaft dürfte sich aber wohl verrechnen haben, denn wenn sie auch auf Grund von Recherchen vielleicht glaubt, annehmen zu dürfen, daß die in dem betreffenden Schriftstück gerügten Ausschreitungen und Mißhandlungen nicht vorgekommen seien, so hat sie die Rechnung ohne die Socialdemokraten gemacht, die zur rechten Zeit schon die nötigen Zeugen beibringen werden, selbst wenn à la Feichter aus dem Gemüthhandelten schließlich noch ein Angeklagter werden sollte.

Die Kürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn. Die Berliner Staatsanwaltschaft erneuert wieder einmal die Stechbriefe gegen unsere Genossen Bernstein, Motteier, Schlüter und Tauscher, die im Jahre 1888 gegen sie erlassen wurden. Das Socialistengesetz ist zwar todt, es wird aber kräftig dafür gesorgt, daß uns die nützliche Erinnerung an jene Zeit nicht verloren geht.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Prager Proceß. Am 2. Juli war eine eindrucksvolle Kundgebung der Prager Arbeiter zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts geplant worden. Die alte brutale Knüttel- und Säbeltaktik dächte dem böhmischen Statthalter Grafen Thun, dem Urbild des blöden Feudalen, gerade gut genug. Er ließ durch Polizisten und Soldaten die friedliche Demonstration mit Waffengewalt sprengen und forderte die Arbeiter zur thatkräftigen Gegenwehr heraus. Die Arbeiter schickte sich so würdig und entschlossen, daß die zweite Kundgebung, da die Regierung sich diesmal anständig zurückhielt, glänzend verlief. Aber ohne einen Proceß geht es nicht. Am 27. Juli begann, am 30. Juli endete die Verhandlung gegen die 54 Arbeiter, die am 2. Juli nach "Abhaltung einer unerlaubten Versammlung" verhaftet worden waren. 35 der Angeklagten wurden wegen Aufbaus zu dreitägigem Arrest verurtheilt und die übrigen 19 freigesprochen. Sämtliche Angeklagte wurden auf freien Fuß gesetzt. So viel Lärm um nichts. Auf der Anklagebank saß das herrschende System, das schlechte Männer im Arbeiterkittel in seiner jämmerlichkeit brandmarkten. Unter dem Beifall der Zuhörer schilderte einer der Angeklagten, wie im höheren Auftrage das Militär auf die Bürger, die es unterhalten, Jagd gemacht und wie in Feindesland gehaust habe. Das ist der Kampf gegen den "gemeinsamen Feind", von dem die "Post" in Fieberphantasien rafft.

Belgien.

Ueber die Frage der Senatswahl, die bisher den Abschluß der Verfassungsrevision in Belgien hinderte, ist ein Compromiß zu Stande gekommen. Danach soll der Senat fortan aus 101 Mitgliedern bestehen, von denen 75 auf Grund des Pluralitäts-Systems (Mehrstimmen-Systems, wonach ein Wähler unter bestimmten Bedingungen mehrere Stimmen hat) von allen Stimmberechtigten unter denjenigen Bürgern gewählt werden, die mindestens jährlich 1500 Fr. (1200 Mk.) directe Steuern — bisher war ein Steuerbetrag von 2000 Fr. (1600 Mk.) erforderlich — entrichten. Die übrigen 26 Senatoren werden von den Provinzialräthen nach freiem Ermessen gewählt. Das künftige Wahlgesetz soll bestimmen, in welchem Alter die Wahlfähigkeit der Senatswähler beginnt; die Departementwähler müssen aber mindestens 25 Jahre alt sein.

Frankreich.

Die Siamesische Frage ist aus der Welt geschafft — wenigstens für den Augenblick. Nach einer

Depesche vom heutigen Tag hat die Regierung Stams das französische Ultimatum bedingungslos angenommen. Das Lamm sah, daß ihm kein Helfer erstand, und es fügte sich dem Gebote des Wolfs. Jedenfalls hat England zu dieser raschen Lösung beitragen, und damit der französischen Regierung, die einen kleinen Krieg mit obligaten Vorbeeren für die Wahl brauchte, einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. August 1893.

[Zur Beachtung.] Von Seiten des hiesigen Vereins "Gewerkschafts-Cartell" wurde vor längerer Zeit beschlossen, an die hiesige königliche Gewerbe-Inspection heranzutreten, um dieselbe in nähere Verbindung mit den Arbeiterkreisen zu bringen. Thatsächlich kann auch nur dadurch das Wirken der Herren Gewerbe-Inspectoren eine praktische und segensreiche Bedeutung erlangen. In den verschiedensten Orten ist dieses Annähern der Arbeiter und Fabrik-Inspectoren bereits erfolgt und auch die Bestrebungen des hiesigen Gewerkschafts-Cartells haben einen günstigen Erfolg zu verzeichnen. Auf eine diesbezügliche Eingabe erhielt unter dem Datum des 31. Juli d. J. der Vorsitzende des Cartells, Paul Thater, folgendes Antwortschreiben:

Guer Wohlgebornen

erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 28ten d. M. ergeben, daß, mit Ausnahme des ersten Weihnachts-, Osters- und Pfingstsonntages, an jedem Sonntage in der Zeit von 11 bis 12 Uhr Vormittags, der Unterzeichnete oder ein anderer zuständiger Beamter der Gewerbe-Inspection in den Geschäftszimmern derselben, Adalbertstraße Nr. 1, Eingang Uferstraße, anwesend ist, behufs Besprechung mit den Beteiligten über alle gewerblichen Fragen, soweit sie den Dienstkreis der Gewerbe-Aufsichtsbeamten, also in erster Linie die Fabrikaufsicht, berühren. Gleichzeitig ersuche ich Guer Wohlgebornen ergebenst, Vorstehendes, soweit dies Ihnen möglich, zur weiteren Kenntniß in Ihren Kreisen bringen zu wollen.

Der königliche Gewerbe-Inspector
 A. Siebert.

Wir geben den Lesern der "Volksmacht" noch bekannt, daß die Amtstätigkeit der königlichen Gewerbe-Inspection Breslau folgende Orte umfaßt: Stadt- und Landkreis Breslau, die Kreise Ohlau, Briesg, Neumarkt, Wohlau, Gubrau, Steinau.

[Handwerk und Kleinmotoren.] Wir Socialdemokraten gelten bekanntlich bei gewissen Leuten als Feinde des Handwerkers. Wir wollen ihn, so sagt man, vernichten, wir gönnen ihm nicht eine leibliche Existenz, wir wollen ihn zum gänglich b-füglosen Proletariat machen.

Auffällig ist bei diesen Vorwürfen nur, daß noch niemals von irgend Jemandem der geringste Beweis geliefert worden ist, daß wir wirklich in der uns zum Vorwurf gemachten Art gehandelt haben. Noch nirgends ist ein Handwerker nachgewiesen worden, dessen Lage sich durch die politische Wirksamkeit der Socialdemokratie verschlechtert hätte. Im Gegentheil hat die Socialdemokratie stets so gehandelt, daß, wäre es nach ihrem Wunsche gegangen, die Lage der Handwerker eine weit bessere würde, als sie es jetzt ist. Wir erinnern nur an unsere Bestrebungen, die indirecten Steuern und Zölle zu beseitigen, die Unentgeltlichkeit der Schule und Rechtspflege einzuführen, das drückende Militärsystem abzuschaffen u. s. w.

Daß alle diese werthvollen Erleichterungen für den Handwerker nicht eingetreten sind, haben gerade jene Parteien verhindert, die sich stets als die Beschützer des Handwerkerstandes aufspielen, Conservative, Nationalliberale, Antisemiten. Diese alle reden den Handwerkern vor: "Wir wollen "Reformen" schaffen, um eure Lage zu bessern. Auf dem langen Zettel dieser "Reformen" steht die Einführung von Kleinmotoren mit fetter Schrift geschrieben, und gar mancher Handwerker, der heut mit tiefem Ingrimm sehen muß, wie er die Concurrenz mit der Großindustrie nicht aushalten kann, bleibt mit seinem Hilfe suchenden Auge bei diesem fetten "Reform"-Köder hängen und süße Hoffnungen erwachen in seiner Brust.

Was es mit dieser Reform auf sich hat, haben die Herren "Reformer" schon oft bewiesen. Heute können wir einen Zeugen vorführen, so schreibt die "Sächs. Arbeiter-Zeitung", der gewiß unerbüchlich ist. Herr Professor Doctor Böhmert, der Leiter des statistischen Amtes für das Königreich Sachsen, ist gewiß von socialistischen Absichten, von dem uns nachgesagten Wunsch, die Handwerker proletariären zu wollen

so frei, wie nur irgend eine Stütze der heutigen Ordnung es sein kann. Und doch finden wir in dem von Professor Böhmert herausgegebenen „Volkswohl“ einen Artikel über Handwerk und Kleinmotoren, der ehrlich die Lage der Dinge überschaut und, weil er ehrlich geschrieben ist, den Ausführungen der Socialdemokratie über diesen Gegenstand sehr nahe kommt. Wir theilen unseren Lesern diesen bemerkenswerthen Artikel, mit dessen Inhalt wir, wenn nicht allenthalben, so doch größtentheils übereinstimmen, in Folgendem mit. Das „Volkswohl“ schreibt:

Die Fabrikanten von Kleinmotoren für Handwerker (sowohl Gas- als Wasser- und Heißluftmotoren) klagen über eine stete Abnahme der Aufträge und des Absatzes. Auch aus Handwerkerkreisen selbst kommen die Nachrichten, daß man weniger solche Motoren anschafft, an-schaffen kann, weil man doch nicht mit der Großindustrie concurrenzen könne. Wahres und Unwahres mag in diesen Klagen und Beschäftigt gemischt sein.

Es gab eine Periode, in der alle diese Kleinmotoren viel gekauft wurden, einmal, weil man über die theuere Handarbeit klagte, das andere Mal, weil man glaubte, mit solchen Motoren wirklich der Großindustrie in manchen Gewerben Trost bieten zu können. Es kam aber außerdem noch der Umstand hinzu, daß man zu einer gewissen Nachahmung in allen Berufen leicht geneigt ist und also, weil Kunz einen Motor erworben und benutzte, Hans auch einen haben wollte. Spielt doch da auch noch der Neid und eine Großmannsucht zuweilen eine Rolle, so daß alle diese Umstände zusammen dazu führten, daß eine große Zahl von Kleinmotoren gekauft und in Betrieb gestellt wurden. Diese Periode ist verlaufen, die Motoren sind noch nicht verbraucht, noch nicht viel abgenutzt, die Fabriken aber vielleicht inzwischen noch vergrößert; kein Wunder, wenn nun die Fabrikanten über Mangel an Absatz klagen. Thatsächlich hat sich aber die Ansicht der Enthusiasten für Kleinmotorenbetrieb, der Optimisten, welche mit dem Kleinmotor den Handwerker genügend stark für den Wettbewerb mit der Großindustrie machen wollten, nicht als zutreffend erwiesen.

Wenn man jetzt wieder den elektrischen Kraftbetrieb als ein Heilmittel für das Handwerk bezeichnet und dasselbe darauf verweist, daß es mit demselben in noch leichteren Wettbewerb mit der Großindustrie zu treten vermöchte, so ist das wiederum eine Täuschung. Wir sind deshalb aber weder dem Motorenbetrieb beim Handwerker im Allgemeinen, noch dem mit elektrischer Kraftübertragung abhold; im Gegentheil, wir schließen uns mit Freuden der Empfehlung an; aber wir wollen dabei nicht Hoffnungen erwecken oder erweckt sehen, die unerfüllbar sind.

Die Ausnutzung von Naturkräften durch die Fortschritte der Wissenschaft und Technik muß und kann auch beim Handwerk stattfinden, sei es, daß an Stelle der Menschenkraft die Maschine tritt, sei es, daß den Menschen durch Mitarbeit von Maschinen die Arbeit erleichtert wird, oder sei es, daß die Maschine Arbeiten besser, sorgfältiger, genauer ausführt als die vom Menschen geleitete Menschenhand. Der Handwerker wird durch die Maschine und durch den Motor in so vielfacher Hinsicht unterstützt, daß wir jeden Fortschritt auf dem Gebiete nur freudig begrüßen können; aber der Großindustrie wird das Handwerk dadurch nicht nachkommen, viel weniger gleichkommen können.

Der Vortheil der Großindustrie hinsichtlich des Preises ihrer Producte liegt nur theilweise im Maschinenbetrieb, zum größten Theil in der Massenproduction. Die Massenproduction ermöglicht schon den besseren, billigeren Bezug des Rohmaterials, aber der wesentlichste Punkt des billigeren Herstellungspreises und ganz besonders des niedrigeren Verkaufspreises liegt in der Menge. Wenn der Großindustrielle Rohproducte nur wenige Procente billiger kauft, als der Handwerker, und dazu vielleicht durch die Menge auch noch niedrigere Transportkosten hat, so kann dem gegenüber gestellt werden, daß der Handwerker auch sein Director, Ingenieur, Techniker, Buchhalter u. s. w. selbst ist, und doch bleibt es meist zweifelhaft, ob die Generalunkosten der großen Fabrikanten nicht niedriger sind, als die des Handwerkers, wenn sie auf die große Zahl und Menge der hergestellten Gegenstände verteilt werden. Arbeitete dann der Handwerker oder Kleinindustrielle mit Maschinen und Menschenkraft ebenso billig, als der Großindustrielle, und stellten sie ihr Product zu ziemlich gleichen Preisen her, was aber bekanntlich nicht der Fall, weil Großbetriebe und Wasserherstellung immer das billigere Product liefert, so kommt nun noch der Gewinn in Frage.

Wollte der Handwerker an dem einzelnen Gegenstände, den er herstellt, einen so geringen Gewinn

nehmen, wie der Großfabrikant, so würde er nichts zu leben haben, während der Großindustrielle bei diesem Gewinn schon insgesammt große Summen erwerben würde. Kommt auf den Kopf der Arbeiterzahl beim Handwerker für den Meister ein Jahresgewinn von 100 Mark, und er hat zehn Arbeiter, so würde er neben dem Ertrag seiner Arbeit an den in seiner Werkstatt erstellten Producten vielleicht nur um Weniges besser stehen, als seine Arbeiter, und nur für höchst einfachen Lebensunterhalt ausreichend erwerben. Gegenüber würde der Großindustrielle mit 500 Arbeitern unter gleichen Gewinnverhältnissen pro Kopf der Arbeiter schon 50 000 Mark verdienen. Wie die Rechnung nach Köpfen der Arbeiter, so stellt sie sich bezüglich der Menge des Productes. Werden an einem Gegenstand, der mit 3 Mark verkauft wird, 30 Pfg. verdient, und der Handwerker bringt jährlich fünftausend davon auf den Markt, so ist sein Reingewinn 1500 Mark; während der Großindustrielle davon eine viertel oder halbe Million fertigt und verkauft, und bei den gleichen Gewinnverhältnissen schon 75 000 Mark verdient, wenn er den Absatz nur auf eine Viertelmillion brächte. Er ist durch den Wettbewerb mit anderen Großindustriellen aber schon allein veranlaßt, sich mit niedrigerem Gewinn zu begnügen, so daß der Handwerker nicht zu folgen vermag und nur auf kleinen Absatz in engem Kreise angewiesen bleibt. In der Massenherstellung liegt nicht allein die größere Möglichkeit der billigsten Herstellung, sondern im Massenverkauf auch mit kleinstem Gewinn liegt der Schwerpunkt des unmöglichen Wettbewerbes des Handwerkes mit der Großindustrie. Deshalb vermag auch das günstigste Ausnutzen des Betriebes mit Motoren den Handwerker, der Artikel herstellt, wie sie die Großindustrie fabrizirt, nicht concurrenzfähig zu machen.

Das Handwerk kann nur seine Stellung behaupten in den Fächern, wo Menschenarbeit den Vorzug verdient vor Maschinenarbeit und wo die Großindustrie ihm keine Concurrenz macht.

[Das Unterstützungswesen bei der Postverwaltung.] Schon mehrfach früher ist Gelegenheit gewesen, darzutun, in welcher Weise sich das „Volkswohl“ der Postverwaltung verpflichtet, je mehr die unteren Beamtenstufen in Frage kommen, daß von allen Fonds, und deren sind gar viele und gewaltige, die Tropfen, die nach „unten“ durchsickern, vergleichbar sind den Brosamen, die von des Herrn Tische fallen. Auch die „Deutsche Postzeitung“ brachte in ihrer Nr. 11 einen neuen Beweis hierfür in folgender Notiz:

Außergewöhnliche Unterstützungen sind jüngst an einzelne Beamte folgender Chargen gezahlt worden: Post-räthe zc. Mk. 600, Kassirer Mk. 150, Ober-Postdirections-Secretäre Mk. 100, Post-Secretäre Mk. 60, Bureau-Assistenten Mk. 50, Postschaffner (nur bei den D.-B.-D.) Mk. 50, Hilfsboten (nur bei den D.-B.-D.) Mk. 45, Ober-Postassistenten Mk. 45, Assistenten (nicht-etatsmäßige, bei den D.-B.-D.) Mk. 40

Zwar ist in dieser Notiz der etatsmäßigen Postassistenten und des großen Heeres der etatsmäßigen Unterbeamten außerhalb der Ober-Postdirectionen*) keine Erwähnung gethan. Wenn wir jedoch auch annehmen, daß einige der erlernten mit Mk. 30, einige der letzteren mit Mk. 20 bezahlt worden sind, so besteht zwischen den 600 Mark der Herren Posträthe und den 20 Mark resp. dem Nichts der Unterbeamten ein so himmelweiter Unterschied, daß ein näheres Eingehen auf diesen Gegenstand geboten erscheint.

In den Postetat pro 1893/94 sind unter Titel 8 und 38 über 1 1/2 Millionen Mark eingestellt, die „zu Unterstützungen an bedürftige Beamte und Unterbeamte“ dienen sollen, „deren jährliches Dienstverdienst den Betrag von Mk. 4500 nicht übersteigt“. Nur „ausnahmsweise“ soll dieser Fonds zur Unterstützung „höher besoldeter Beamten“ in „außerordentlichen Bedarfsfällen“ benutzt werden. Das Durchschnittseinkommen eines Postrates in Berlin beträgt 6000 Mark. So müssen also die mit 600 Mk. „Unterstützung“ bedachten Posträthe „ausnahmsweise“ in einer bedrängten Lage gewesen sein! Wie aus dem in der Generalversammlung des Berliner Post-Spar- und Vorschuß-Vereins am 27. März d. J. verlesenen Revisionsprotokoll hervorging, daß von geheimen erpedirenden Secretären im Reichs-Postamt außerordentliche Einladen in Höhe von 400 Mark gemacht worden waren, so bietet die in Nr. 44 des Post-Amtsblattes vom 26. Juni d. J. veröffentlichte „Uebersicht über die Geschäftsergebnisse der Post-Spar- und Vorschußvereine während des Jahres 1892“ ganz dieselbe Erscheinung. An außerordentlichen Einlagen ist genannter Vereinen im Vorjahre die Summe von fast 1 Million Mark zugeführt worden (in Berlin allein über 1/2 Million). Fragt man, von wem? so wird aus den Reihen der unteren Postbeamten als einstimmige Antwort klingen: Von uns nicht; wir nehmen den Verein nur in Anspruch, wenn wir, getrieben von bitterster Noth, pumpen müssen. Haben doch die Vereine im Vorjahre nach genanntem Bericht über 5 Millionen Mark gegen 4 1/2 Millionen im Jahre 1891 an Vorschüssen bewilligen müssen, was eine Steigerung um fast 1/2 Million Mark bedeutet. Auf der einen Seite Anschwellen der außerordentlichen Einlagen, auf der anderen Seite bedeutende Zu-

*) Die große Masse der Post-Hilfsboten kommt nach der von „oben“ gegebenen Barole überhaupt nicht in Betracht. Diese müssen vielmehr bei ihrer Betrachtung einen Revers unterschreiben, nach dem sie sich jeder Ansprüche auf Unterstützung zu entschlagen haben.

nahme der Vorschüsse; dort Ueberfluß, hier bitterster Mangel.

Wenn es wahr wäre, was der Minister von Heyden kürzlich im Abgeordnetenhaus sagte, nämlich „daß jede Vergabe von Staatsmitteln zur Bekämpfung von Nothständen von einer demoralisirenden (entfittlichen) Wirkung begleitet ist“ — wenn das wahr wäre, sagten wir, sollte dann diese demoralisirende Wirkung nicht mit der Höhe der gewährten Summen steigen? Nein, nein, das kann nicht sein — diese Wirkung äußert sich nur bei Unterstützung in homöopathischen Dosen à Mk. 20 oder 30, wie sie z. B. den unteren Postbeamten gewährt wird.

Ein anderes Bild: Um an Beamte in außergewöhnlich verantwortlichen Stellen-Entscheidungen zu gewähren, wurde vor drei Jahren der Titel 29 a Postetat (Stellenzulagen) neu geschaffen. Unter diesem Titel gelangt fast eine halbe Million Mark zur Veranschlagung. Jedoch von den Ober-Postassistenten-Cassirern bis zu den unteren Beamten ist ein weiter Abstand. Während die Ersteren mit Mk. 145 pro Kopf an dieser Summe participiren, entfallen auf die Ober-Postassistenten nur noch Mk. 14 (die etatsmäßigen Postassistenten sind hiervon vollständig ausgeschlossen), auf die Postschaffner Mk. 8, auf die Stadtpostboten und Packträger Mk. 3 und auf die Landbriefträger gar noch nicht mal Mk. 1 pro Kopf. Will man dies Verhältnis noch drastischer zur Anschauung bringen und rechnet man die den Beamten außer dem Gehalte noch gewährten „Zulagen“ und „nicht-pensionsfähigen Zulagen“ hinzu, so ergibt sich folgendes Bild:

- 8 105 etatsmäßige „höhere“ Beamte der Betriebsverwaltung bis herab zum Postsecretär einschließlich Mk. 251 580*)
- 49 071 etatsmäßige Postassistenten u. Unterbeamte der Betriebsverwaltung Mk. 254 750**)

Mit 14 pCt. der gesammten etatsmäßigen Beamten bestehen fast 50 pCt. der beiden Fonds.

Hat sich die Postverwaltung bis jetzt wohlwollend gehalten, eine statistische Uebersicht der aus dem Unterstützungsfonds (Tit. 8 und 38) an die einzelnen Beamtenkategorien gewährten Summen zu veröffentlichen, so gestattet doch erstens die oben mitgetheilte und besprochene Noth der „Deutschen Postzeitung“ ganz interessante Einblicke in das Unterstützungswesen bei der Postverwaltung und zweitens gewährt uns der in Tit. 29 a festgelegte Vertheilungsmodus der „Stellenzulagen“ ganz sichere Rückschlüsse auf den Verbleib der „Unterstützungen“.

Wie sind diese geschilberten Vorgänge, die einer geringen Anzahl Begünstigter so große Summen in den Schooß werfen, nun zu erklären, wie in Abhilfe zu schaffen?

Es ist ein bevorstehendes Merkmal unseres jetzigen Gesellschaftszustandes, daß, je unangenehmer, je schwächer, je härter die Arbeit, je länger die Arbeitszeit ist, eine desto miserablere Bezahlung stattfindet; umgekehrt ist, je leichter, je angenehmer die Arbeit, je kürzer die Arbeitszeit, desto besser die Bezahlung, bis schließlich die Inhaber von Stellen, mit denen keine oder fast keine Arbeit vorhanden ist, die höchsten Gehälter in Anspruch nehmen. Und nicht allein dieses. Alle Fonds, auch diejenigen, die für die große Masse bestimmt sind, kommen immer wieder in erster Linie denen zu Gute, die an und für sich schon im Besitz des höchsten Einkommens sind. Das, was auf die unteren Klassen fällt, sind nur geringfügige Bruchtheile.

Während diese Verhältnisse mit der capitalistischen Gesellschaft eng verwachsen sind und nur mit dieser aus der Welt geschaffen werden können durch eine starke Arbeitervertretung, durch die Socialdemokratie, kann der Antisemitismus keine andere Erklärung dieser Zustände geben als den Ausspruch: „Es ist Alles verjudet.“ Wie er aber unter dieser Flagge die Wirkungen des staatlichen und sogar christlichen Capital beschneidet, wie er den doch vom Staate ausgebeteten unteren Beamten eine den Culturverhältnissen entsprechende menschenwürdige Existenz verschaffen will, das ist sein Geheimniß. Auch diejenigen der Postassistenten und Unterbeamten, die in ihrer Verblendung das während der letzten Wahlen von antisemitischer Seite an die Postbeamten gerichtete Flugblatt unterschrieben haben und sich von den Post-Secretären als „Kameraden“ und „Collegen“ tituliren ließen, ohne zu bedenken, daß der Abstand zwischen ihnen dem eines Herrn und Dieners gleich, werden sich sagen müssen, daß die Beseitigung der hier geschilberten Zustände, die Verbesserung ihrer Lage, denn doch von ganz anderen Factoren abhängig ist, als von der Verminderung des angeblich jüdischen Einflusses.

[Zur Bluthat am Brigittenthal.] Nachdem sich die Gerichtscommission in die Wohnung des Arbeiters Paul Nitschke begeben hatte, um den Leichensfund bezw. den näheren Thatbestand aufzunehmen, wurde die Leiche des unter so eigenthümlichen Verhältnissen verstorbenen Nitschke nach dem Sectionsaal des Krankeninstituts der Barmherzigen Brüder behufs Vornahme der Section überführt. Bald nach 4 Uhr nahm die Section ihren Anfang und währte fast vier Stunden. Die Section soll kein positives Resultat geliefert haben. Es konnte vorläufig nicht ermittelt werden, ob die am Körper des Nitschke sichtbaren Verletzungen, welche den Charakter von Stichwunden nicht haben, wirklich die Todesursache gewesen sind, oder aber ob eine andere Einwirkung den Tod hervorgerufen hat. Jedenfalls hat die Wunde bei der zwischen Weiden am Sonntag stattgehabten Prügelei, von der sie selbst verschiedene Spuren als Zeichen einer Gegenwehr trägt, den Mann in rohester Weise behandelt. Die Kratzwunden im Gesicht des Nitschke sind nicht nur durch die Fingernägel der Wunde hervorgerufen

*) Darunter Mk. 25 200 „nicht pensionsfähige Zulagen“.
**) Darunter Mk. 500 (!) „nicht pensionsfähige Zulagen“.

worben, sie hat sich auch hierzu einen Wäschekammer bebildet. Zum Zweck weiterer eingehender Untersuchung wurden verschiedene Körperteile der Leiche zurückgehalten, die einer genauen Untersuchung unterzogen werden sollen. Der Beerdigung der Leiche des Nitsche steht kein Hindernis entgegen. Die Wende wurde vor Beginn der Section vom Gerichtsgefängnis aus nach dem Sectionskammer auch Confrontation gebracht. Bald nachdem sie in den Sectionskammer geführt worden war, stürzte sie von Krämpfen b. fallen zu Boden. E. wahrte eine ziemlich lange Zeit, ehe sich die Frauensperson so weit erholt hatte, daß ihr Rücktransport nach dem Gerichtsgefängnis bewerkstelligt werden konnte.

[Unfall] Am 1. d. Mts., Vormittags fuhr auf der Kleinen Scheinigerstraße ein Motorwagen der elektrischen Straßenbahn mit einem Milchwagen zusammen. Die Schuld an dem Unfälle dürfte den Fahrer des Milchwagens treffen, welcher trotz des wiederholt gegebenen Blocksignals sein Fuhrwerk erst ablenkte, als es zu spät war. Da der Motorwagen nur im mäßigen Tempo fuhr, so war der Anprall nicht heftig und die Insassen beider Fuhrwerke kamen daher mit dem bloßen Schrecken davon.

[Vermisste.] Seit dem 17. v. Mts. wird das Dienstmädchen Ida Hoffmann vermisst, welches sich am genannten Tage von ihrer auf der Höfchenstraße wohnenden Herrschaft entfernte. — Seit dem 31ten vorigen Monats wird das 4 Jahre alte Söhnchen des Neue Lauenzienstraße 35 wohnhaften Arbeiters Carl Griesner vermisst. Der Knabe trug blaue Beinkleider und dunkle Jacke.

[Verhaftungen.] Am 30. v. Mts. wurde ein 36 Jahre alter Mann von hier wegen Majestätsbeleidigung verhaftet. — Ferner wurde der Schuhmacher Franz J. von hier verhaftet, der schon seit 1 1/2 Jahren mit seiner nunmehr 16 Jahr zählenden Stieftochter, über welche er Vormund ist, unzüchtige Handlungen vorgenommen hatte. Als seine Ehefrau geäußert hatte, sie werde ihn anzeigen, hatte er einen Revolver, den er bis dahin verborgen getragen hatte, hervorgezogen und seine Frau mit Erschießen bedroht.

[Polizeiliche Nachrichten.] Gefunden: zwei Portemonnaies und ein goldenes Medaillon. — Verloren: eine silberne Cylinderuhr, eine neu silberne Anceruhr, ein Pincenez und ein Portemonnaie mit 23 Mark Inhalt. — Gestohlen: in der Nacht vom 30. zum 31. v. Mts. einem auf der Schuhrbrücke wohnenden Samaschenfabrikanten aus der verschlossenen Wohnung ein goldenes Medaillon, ein goldener Siegelring und eine goldene Cylinderuhr; einem auf der Paradiesstraße wohnenden Kaufmann ein Bettbezug, ein paar Beinkleider und ein Jaquet; am 31. v. Mts. einem auf der Kirchstraße wohnenden Almosenempfänger aus seiner Wohnung ein grauer Anzug, Schuhwerk und Wäsche. — Verhaftet: am 31. vorigen Monats 41 Personen.

[Schlafen bei offenen Fenstern.] Bei Hitze bringt Ermüdung von des Tages Arbeit keinen Schlaf, wenn die Luft im Schlafzimmer zu schwül ist. Da hilft nur das Öffnen der Fenster, um der kühlen Nachtluft Eingang zu verschaffen. Aber ist denn Schlafen bei offenen Fenstern nicht ungesund? Nein, das ist es nicht, es ist im Gegenteil von großem Nutzen, nur muß Zugluft vermieden werden. Die Fenster brauchen auch nicht ganz offen zu stehen, sondern es genügt eine fingerbreite offene Spalte. Es ist erwiesen, daß Personen, die stets bei offenem Fenster schlafen, von Erkältungen und Katarrhen weniger zu leiden haben, als solche, welche den dritten Theil ihres Lebens in ungelüfteten Schlafzimmern zubringen.

[Wichtig für die Berufswahl, sowie für Stellensuchende.] Fast alle Berufswege leiden an Ueberfüllung, so auch neuerdings die niedere Post-Carrière, in Folge dessen das Angebot an Arbeitskräften die Nachfrage bedeutend übersteigt.

Unter die wenigen Stellungen, wo gerade das Unerfahrene der Fall und seit längerer Zeit ein erheblicher Mangel an geeignetem Personal vorhanden ist, dürfte die des landwirtschaftlichen Rechnungsführers und Amts-Secretärs zu zählen sein. Derartige Personen sind stets gesucht und finden schnell Placement, da der Oekonom sich nur ungern mit Bureau-Arbeiten befaßt, in Folge des Declarationzwanges des neuen Einkommensteuergesetzes jedoch verpflichtet ist, genau Buch zu führen.

Wir können deshalb soliden, strebsamen jungen Leuten, die etwas febergewandt sind, nur raten, diese Carrière einzuschlagen.

Nach einer Vorbereitungszeit von ca. 3 Monaten erhalten die jungen Leute gleich Anstellung und bedürfen bei beherrschenden Ansprüchen eines Zuschusses von den Eltern nicht mehr. Besondere Vorkenntnisse, außer denen einer guten Elementar-Schule, sind nicht erforderlich.

Der landwirtschaftliche Beamten-Verein, Berlin, Deutsche-Straße No. 12, ist gern bereit, dem sich hierfür interessierenden Theile des Publikums Auskunft zu erteilen.

Eingefandt.

Unter Eingefandt finden Zuschriften aus dem Leserkreise Aufnahme, selbst wenn die Redaction die darin ausgesprochenen Ansichten nicht theilt. Es muß die Sache nur von allgemeinem Interesse sein und eine Betrachtung von verschiedenen Seiten sich empfehlen. Anonyme Einsendungen bleiben bleiben stets unberücksichtigt.

Einiges zur Organisation aller in der Holz-Industrie Beschäftigten.

Nachdem der zu Ostern d. J. in Cassel tagende Holzarbeiter-Congress eine neue, alle Specialberufsarten der Holzindustrie umfassende Organisation geschaffen hat, gelte Nachstehendes nur zur Darlegung der Nothwendigkeit wie Zweckmäßigkeit des Holzarbeiter-Verbandes. Was die Stadt Breslau anlangt, so komme von jenen Gewerkschaften, welchen es noch nicht möglich ist, sich dem Holzarbeiter-Verband anzuschließen, nur der Gau:rein der Bilzhauer in Betracht. Für die Korbmacher, Glaser, Tapezierer und an Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigte, deren Verbände gleichfalls aus untergeordneten, tactischen Gründen sich noch nicht in der Lage befinden, zu Gunsten des deutschen Holzarbeiterverbandes sich aufzulösen, wäre es empfehlenswerth, dem Holzarbeiter-Verband als Mitglied beizutreten, indem ja keiner von den zuletzt genannten Verbänden hier am Orte eine Zahlstelle besitzt. Nach Lage der örtlichen Verhältnisse erscheint es aber für geboten, von einer Gründung solcher Zahlstellen abzusehen, da eine Gründung, wie fernere Lebensfähigkeit derartiger Zahlstellen sehr in Frage steht. Außerdem wäre noch in Betracht zu ziehen, ob solch' kleine Vereinigungen allen Anforderungen, welche an die moderne Gewerkschaftsbewegung gestellt werden, gewachsen sind. Dieses Grundprincip einer guten Gewerkschaft ermangelt den meisten kleinen Gewerkschaften und sinkt in Folge dessen deren Thätigkeit zur bloßen Vereinspielerei herab. Auf dem Holzarbeiter-Congress ist allgemein anerkannt worden, daß sich innerhalb einer kleinen Gewerkschafts-Vereinigung sehr selten Personen finden, welche zur Leitung wie Führung einer Gewerkschaft befähigt sind. Beim Zusammenschluß dieser kleinen Verbände wäre dies in den meisten Fällen überwunden und würde zum Gedeihen der Arbeiterbewegung gereichen. Zu den Aufgaben des Holzarbeiter-Verbandes übergehend, möchte ich zunächst an die in der politischen Thätigkeit sich befindlichen Berufscollagen das Ersuchen richten, mehr als wie bisher ihr Interesse der Gewerkschaftsbewegung zuzuwenden. Ausgehend von dem Princip, daß die Gewerkschaftsbewegung keineswegs Selbstzweck, sondern als Mittel zur Erreichung besserer Arbeits- und Existenzbedingungen, wie erzieherische Bildung und Schulung für den Befreiungskampf des Proletariats zu betrachten sind, liegen die Aufgaben des Verbandes sehr nahe zur Hand. Was die engere Berufsinteressenvertretung betrifft, so reicht die politische Bewegung nicht aus, all die einzelnen Berufschäden, wie Schikanen des Unternehmertums in den Werkstätten und Fabriken vor die Öffentlichkeit zu bringen und für Abstellung derselben Sorge zu tragen. Fast ähnlich ist es mit der Aufklärung und Bildung der Berufscollagen. Wenn man auf ein verflorenes Jahrzehnt zurückblickt, sieht man, daß der Großbetrieb in der Holzindustrie sich immer mehr und mehr entwickelt hat und demzufolge viele kleine Handwerksmeister vernichtete oder von den Großbetrieben abhängig machte. Nach der im Jahre 1891 vom Deutschen Tischler-Verbande veranstalteten Statistik entsprach die Dampfthätigkeit in den Möbel-, Bau- wie sonstigen Fabriken des Tischlergewerbes gleich 517 Bierbeträften. Was diese Entwicklung der Großbetriebe für die Holzarbeiter bedeutet ist nicht schwer zu errathen. Die Ausbeutungslosigkeit zur Selbstständigkeit wird immer größer. Die Arbeiter erwachen zum Selbstbewußtsein und erkennen ihre eigene Lage. Ganz naturgemäß erfolgt die Angliederung dieser an die schon um ihre Rechte kämpfende organisierte Arbeiterschaft, das Gebiet der Aufklärung und Bildung ist noch ein allzu großes. Da heißt es nachzuholen, was uns durch unsere mangelhafte einseitige Erziehung vorenthalten worden ist. Der wirtschaftliche Entwicklungsproceß muß zum Gegenstand wiederholter Discussion wie Berathungen gemacht werden. Soll die Arbeit der Klärung der Gedanken, wie die Förderung eines einheitlichen Denkens und Handelns von Erfolg sein, dann muß diese Thätigkeit systematisch und unentwegt fortgesetzt werden. Dies zu thun ist Aufgabe der Gewerkschaften.

Wenn man nun die wenigen Vortheile der socialen Reform- wie vermeintlichen Arbeiterschutzesgesetzgebung näher ins Auge faßt, drängt sich einem die Frage auf, auf welche Art und Weise, kann im gegebenen Falle der Arbeiter in die rechtliche und volle Nutznießung der Unterfügungen wie Renten gelangen. Dergleichen in allen Dingen, Fakt. wie Betriebskassenrenten den

Arbeitern die zweidrittel Majorität gekündigt gefordert ist, muß zum Bedauern, wie Schäden der Arbeiter festgestellt werden, daß nur in sehr wenigen Krankenkassen die Arbeiter von diesem ihren gesetzlichen Recht Gebrauch gemacht haben. Wir finden solche so genannte Auch-Arbeitnehmer als Vertreter der Arbeiter meistens Personen, welche eine bevorzugte Stellung in irgend einem Betriebe einnehmen, dem Unternehmertum Handlangerdienste leisten, dementsprechend die Verwaltungsgeschäfte der Krankenkassen derartig bureaukratisch gestalten, wie wir es in den meisten Kassen finden. Weit entfernt davon, die Krankenkassen als ein solches Institut zu betrachten, wo Simulanten, also scheinbar Kranke, ihr Unterstützungsrecht zu unrecht ausüben, muß man sich auf das Entschiedenste dagegen wehren, die Krankenkassen als Sparten zu behandeln. Nur durch eine wirkliche Selbstverwaltung kann den Mitgliedern die Garantie geboten werden, daß die wirklich Kranken zu ihrem Recht gelangen und zwar in der Weise, wie es sich eines selbständigen Mannes geziemt, nicht wie man es heut von gewisser Seite theilweise als Almosenunterstützung betrachtet. Dann haben die Krankenkassen den Zweck erfüllt, zu welchem sie ins Leben gerufen sind. Darum müssen bei den Vertreterwahlen der Krankenkassen derartige Männer gewählt werden, bei welchen man die Bürgschaft hat, daß dieselben zu Nutz und Frommen der Mitglieder wie zum Gedeihen der Kassen ihr ihnen übertragenes Amt ausfüllen.

Wie verhält es sich nun mit dem anderen Theil der Socialreform, dem Unfallversicherungsgesetz, speciell den Schiedsgerichten, welche die Unfälle zu prüfen und darnach die Renten festzusetzen haben? Die Schiedsrichter werden aus den Vorständen der einzelnen Krankenkassen gewählt. Und ebenso gestaltet es sich mit den Gewerbegerichten und allen in das Gebiet der Arbeiterschutzesgesetzgebung fallenden Fragen. Vereinzelt kann der Arbeiter auf eine Besserstellung wie Veränderung des vorher Genannten nicht einwirken. Hierzu gehört eine geschlossenes Ganzes und dies finden wir in der Gewerkschaftsbewegung für uns im Holzarbeiterverband. Die politische Bewegung zeichnet den Gewerkschaften die Bahnen vor, in welchen diese zu wandeln haben. So hat diese Sorge dafür zu tragen, daß den Arbeitern die gesamte Socialreform- wie Arbeiterschutzesgesetzgebung mit ihren lawinenartigen, schwer zu verstehenden Paragraphen gemeinverständlich dargestellt wird. Denn dadurch, daß Verständnis in die Reihen der Arbeiter über die verschiedenartigen Gesetze gebracht wird, wird es dem Einzelnen leicht, eine Nutznießung der ihm rechtlich zustehenden Unterstützung wie Rente antreten zu können.

Darum, Holzarbeiter Breslaus, nämlich Tischler, Drechsler, Stellmacher, Glaser, Bürstenbinder, Korbmacher, Tapezierer und an Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigte, beweist, daß Ihr auf der Höhe der Zeit steht, und schließt Euch zum gemeinsamen Thun und Handeln der hierorts errichteten Zahlstelle des deutschen Holzarbeiter-Verbandes an. Befreit von jedem Verdübel und Kastengeist, laßt uns das Sprichwort wahr werden.

„Einige Wenige machen ein Ziel, Vereinte Kräfte führen zum Ziel.“

J. K.

NB. Die Unterstützungs-Angelegenheiten sind im Statut festgelegt. Das Vereinslocal befindet sich in Jänisch' Brauerei, Heinrichstraße 5, woselbst alle Sonnabende von 8 Uhr Abends an die Vereins- und Kassenabende stattfinden. Eine reichhaltige Bibliothek steht den Mitgliedern zur Verfügung. Die Kollegen werden noch ersucht, unseren Arbeitsnachweis, Meißergasse 32 oder Schmiedebrücke 51, weißes Haus, zu benutzen.

Schlesien.

Waldenburg. Das hiesige Gewerbegericht wird sehr wenig seitens der Arbeitnehmer in Anspruch genommen, dies mag nur daran liegen, daß dasselbe zu wenig bekannt ist, weshalb unsere Genossen, speciell die Leser unseres Blattes, ersucht werden, die gewerblichen Arbeiter hierorts darauf aufmerksam zu machen. Dasselbe ist zuständig über Streitigkeiten: 1) Ueber den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, sowie über die Auszahlung oder den Inhalt des Arbeitsbuchs oder Zeugnisse; 2) über die Leistungen und Entschädigungsansprüche aus dem Arbeitsverhältnisse, sowie über eine in Beziehung auf dasselbe bedingene Conventionalstrafe; 3) über die Berechnung und Anrechnung der von den Arbeitern und Hausgewerbetreibenden (Scheidern) zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge (§ 2 Abs. 1 Ziffer 5, §§ 53, 54, 65, 72, 73 des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883; 4) über die Ansprüche, welche auf Grund der Uebernahme einer gemeinsamen Arbeit von Arbeitern oder Hausgewerbetreibenden desselben Arbeitgebers gegen einander erhoben werden. Das Gesamtgewerbegericht, 10 Arbeitergeber, 10 Arbeitnehmer war vor einigen Tagen über ein Gutachten, betreffs der Sonntagsruhe gebört worden. Bei Barbieren soll eine Ausnahme von der Sonntagsruhe gemacht werden. Auch den Photographen ist die Zeit von 1 1/2 Uhr früh bis 1/2 Uhr Nachmittags zur Aufnahme von Gruppenbildern gewährt worden. Als Ent

Abhängigkeit sollen den Arbeitern dieselben Stunden in der Woche gewährt werden.

Waldenburg. Den Giersdorfer Genossen scheint, wie das Inletat in der letzten Wochen Ausgabe bekundet, der Boykott gegen das ehem. Jüpter'sche Local in Blumenau von Erfolg gekrönt worden zu sein denn am nächsten Sonnabend findet nach fünfmonatlicher Pause eine Arbeitervereins-Versammlung statt. Ein Bravo den dortigen Genossen! Ein Versuch in hiesiger Gegend könnte nichts schaden.

Waldenburg. Keine andere Grubenverwaltung als die Fürstlich von Pleß'sche hat die hiesigen Bergarbeiter durch eine Entlassung von 40 Kameraden aufgereizt. Ob dies eine praktische Maßregel war, da im Augenblicke, wie eine Depesche lautet:

London, 28. Juli. Der Kohlenstreik gewinnt an Ausdehnung. In Leeds verlassen 20,000 Beigleute die Arbeit, ebenso 20,000 in Nottingham, Tausende in Pontefract, Bristol und anderen Orten. Der Kiesenstreik ausgebrochen ist, möchten wir - da doch die Gemäßigten unter ihren arbeitenden Kameraden verkehren - bezweifeln. Die Behörden hätten gute Gründe vorzubringen einzutreten.

Altwasser. Der Bergmann Reichelt wurde am 21ten Juni nach 17wöchentlicher Krankheit aus dem Lazareth entlassen. Als sich derselbe, um Beschäftigung zu suchen, am folgenden Tage nach Waldenburg begab, begegneten ihm zwei frühere Arbeitskameraden, mit welchen er sich unterhielt. Als dieselben auf die Arbeitsstätte kamen, wurde ihnen - man höre und staune - bedeutet, wenn sie nochmals mit Reichelt verkehrten, die Arbeit aufgekündigt zu werden. Wunders muß man sich warum der Reichelt noch gefährlich ist, da er doch auf die agitatorische Thätigkeit verzichtet hat, vielmehr ehrlich bestrebt ist, Arbeit zu suchen, welche er aber nirgends erhält, da seine frühere Thätigkeit den Kohlenbaronen noch zu sehr bekannt ist.

Hannau. Sonnabend, den 29. Juli, Abends 8 1/2 Uhr fand im Gasthof zum „goldenen Löwen“ eine Volks-Versammlung statt, in welcher Genosse Adler referirte. Referirte sollte, aber durch Maximation von Eleganz muß er sich selbstigen verjüchten. An dessen Stelle trat Genosse Paul Kühn aus Breslau, welcher in berebten Worten die verfloßere Reichstaatswahl und deren verderbliche Folgen für das arbeitende Volk schilderte, mit einem Appell an die Versammlung, fest und unentwegt für die kämpfende Socialdemokratie einzutreten, schloß derselbe seinen Vortrag. Die anwesenden Gegner welche zahlreich erschienen um Genossen Adler zu hören, hatten wie gewöhnlich keine Courage, trotz Aufforderung sich an der Discussion zu betheiligen. Zu Punkt 2, Stellungnahme zu den Stadtverordneten-Wahlen, welche im November stattfinden wurde von der Versammlung der einstimmige Beschluß gefaßt, daß die Arbeiterschaft Hannau's ihre eigene Candidatenliste aufstellen möge, um auch in Communal-Angelegenheiten ihre Vertreter mitsprechen zu lassen; zur Rettung der Vorarbeiten wurde der Antrag gestellt, eine Commission zu wählen. Die Wahl fiel auf folgende Genossen: Müller, Reimelt, Stolz, Breitschneider und Wegand. Unter Verschiedenen kam noch eine Angelegenheit betreff der hiesigen Feuerwehr zur Sprache, wonach Sonntag, den 13. August ein Feuerwehrtag hier selbst abgehalten wird. Es wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiterschaft, soweit diese beim Feuerlöschdienst herangezogen, nicht verpflichtet ist, den Auszug als Statisten mitzumachen. Es wurde beschlossen, sich von diesem in Aussicht stehenden Feiertage abzuhalten eventuell es auf richterliche Entscheidung ankommen zu lassen. Mit einem Hoch auf die revolutionäre, internationale völkervereinende Socialdemokratie schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Gerichtliches.

Vom Gewerbegericht.

Sitzung vom 31. Juli:

Vorsitzender: Syndicus Göb.

Beisitzer der Arbeitgeber: Maurermeister Heinrich und Fleischermeister Nowak;

Beisitzer der Arbeitnehmer: Stellmacher Glüsner und Feilenhauer Diräka.

Der Rutscher Hübner klagt gegen den Möbelerbesitzer Lübe. Kläger hat, wie er angiebt, an einem Donnerstag gegenüber seinem Arbeitgeber die inhabende Stellung gekündigt. Am Sonnabend darauf sei ihm von diesem jedoch gewissermaßen bedeutet worden, wieder zu bleiben, auch hätte er, der Kläger, zwei Mark am Lohne zugelegt bekommen. Ungefähr drei Wochen nach dieser Zeit nun entließ Beklagter plötzlich den Kläger, eine Woche also nach Ablauf der gesetzlichen Kündigungsfrist. Kläger, der annahm, mit seinem Verbleiben in der Stellung ein neues Arbeitsverhältnis eingegangen zu sein, glaubte sich durch dieses Vorgehen des Beklagten geschädigt und stellte dem entsprechenden Ansprüche. Ihnen gegenüber weist dieser auf eine Auseinandersetzung hin, nach welcher Kläger Beleidigungen ausgestoßen haben soll, die zur sofortigen Entlassung berechtigten. Durch Aussage eines Zeugen erweist sich, daß dieselben, wenn sie überhaupt verübt wurden, nach erfolgter Entlassung gefallen sind. Das Gewerbegericht war demzufolge der Ansicht, Beklagten zu verurtheilen und zur Zahlung von 40 Mk. zu verpflichten. Die Thatsache, daß Beklagter den Kläger über die Zeit der vierzehntägigen Kündigungsfrist behielt und andererseits die Aussagen der Zeugen bestätigten, daß ein neues Arbeitsverhältnis nach Ablauf dieser Zeit vorlag, woraus die Verpflichtung zum Einhalten aller gesetzlichen Bestimmungen folgt.

Aus einem früheren Arbeitsverhältnis macht weiter der Schneider Lehner gegen die Firma Galle Ansprüche. Er behauptet, beim Beklagten auf Stücklohn beschäftigt gewesen zu sein und im April dieses Jahres unter Anderem einen Rock in Arbeit gehabt zu haben. Nachdem er diesen, bis zur ersten Anprobe, fertiggestellt, der Beklagten Firma übergab, sei der Rock ihm nicht zum Fertigmachen übergeben worden, weil der Besteller desselben nicht mehr in Breslau ansässig war, an dem Rocke also nicht weiter gearbeitet werden konnte. Als Ersatz hierfür wurde ihm die Verpachtung, ein anderes Stück in Arbeit zu bekommen, was jedoch nicht geschah, und dies habe seine Forderung für den Verlust veranlaßt. Seitens des Beklagten, resp. seines Vertreters und eines Zeugen, erfolgte ein Hinweis darauf,

daß Kläger, der in seinen Arbeiten meist unpünktlich gewesen sei, auch in dem in Rede stehenden Streikfalle lediglich diesem Umstande seinen Verlust zuzuschreiben habe. Was die an dem Rock geleistete Arbeit selbst anlangt, so könne für dieselbe höchstens eine Mark in Anrechnung kommen. Das Gewerbegericht schloß sich in seinem Urtheil diesen Ausführungen an und verurtheilte den Beklagten nur zur Zahlung von einer Mark. Bezüglich des Anspruches einer weiteren Entschädigung erklärte es sich ablehnend, weil Kläger, wie erwiesen, bei Lieferung der ihm übergebenen Arbeiten sehr oft unpünktlich war.

Gegen die Eisenarbeiter von Bringsheim klagt der Former Schiller. Dieser giebt an, bei der angegebenen Firma im Stücklohn während 6 1/2 Tagen beschäftigt gewesen zu sein, ohne den dafür bestimmten Lohn empfangen zu haben. Zur Begründung dessen wurde vom Beklagten behauptet, daß die vom Kläger verrichtete Arbeit nicht zu gebrauchen sei, nach der Arbeitsordnung aber dafür kein Lohn gezahlt werde. Kläger bestreitet dies und beantragt zur Vergütung seiner Leistungen die Zahlung von zwei Sachverständigen. Da auch seitens des Beklagten zum Zwecke der Beweisaufnahme Zeugen vorgeschlagen wurden, entschied sich das Gewerbegericht für Vertagung der Verhandlung und Ladung der Parteien zu einem neuen Termin auf den 9. October.

Breslau. Landgericht. Ferien-Strakammer. Bereits gestern berichteten wir über die Verurtheilung des Genossen Schütz zu 3 Monaten Gefängnis. Derselbe soll sich der verleumdlichen Beleidigung des preussischen Staatsministeriums, insonderheit des Staatsministers a. D. v. Puttkamer schuldig gemacht haben. Am 1. November v. J. fand in Bopelwitz eine Mitglieder-Versammlung des socialdemokratischen Arbeitervereins statt, in welcher Schütz als Referent auftrat. Er sprach unter Anderem in Folge einer Interpellation über Socialdemokratie und Anarchismus und legte die grundsätzliche Verschiedenheit der beiden Anschauungen und die vollständigen Gegensätze ihrer Endziele dar. In dieser Versammlung waren der Bopelwitzer Amtsbienner und ein Gendarm die überwachenden Beamten. Dieselben brachten eine Aeußerung des Genossen Schütz zur Anzeige, welche von diesem aber entschieden bestritten wurde. So soll Schütz gesagt haben: „daß noch rechtzeitig entdeckte Attentat, welchem bei der Enthüllung des Niederwald-Denkmals am 23. September 1883 Kaiser Wilhelm I. hätte zum Opfer fallen sollen, sei nicht von wirklichen Anarchisten angezettelt, sondern von geheimen Agenten der Polizei in Scene geführt worden. Der damalige Polizeiminister v. Puttkamer habe die Idee ausgebracht und das Staatsministerium habe seine Soldaten mit der Ausführung beauftragt. Der Angeklagte führte aus, daß er nur die Abweichung der Socialdemokratie vom Anarchismus erörtert und gelegentlich darauf hingewiesen, daß Anarchisten es waren, welche das Niederwald-Denkmal in die Luft sprengen wollten und daß sich als Anarchisten Leute gebildet, die als Lockpfeil im Dienste v. Puttkamer standen. Der Staatsanwalt brachte eine sechsmonatliche Gefängnisstrafe, in Berufung auf die Vorstrafen des Schütz in Antrag. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Marcuse, bestritt den Begriff der Offenlichkeit, da nur ein bestimmter Kreis von Personen zur Versammlung Zutritt gehabt habe, und durch seine weiteren Ausführungen bekämpfte er die Ansicht, daß der Redner überhaupt Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit angegriffen habe. Das Strakammer-Collegium erkannte betreff dieses Theiles der Anklage auf Freisprechung, dagegen wurde die öffentlich erfolgte verleumdliche Beleidigung des Staatsministeriums und des Exministers von Puttkamer für erwiesen angenommen, indem man die Aufzeichnungen des Born für wahrheitsgetreu hielt. Das Urtheil lautete auf drei Monate Gefängnis und außerdem wurde den Beleidigten das Publikationsrecht zugesprochen. - Eine zweite Strafsache gegen Schütz, welche gleichfalls zur Erledigung kommen sollte, wurde vertagt. Am 18. December v. J. hatte Schütz in einer Mitglieder-Versammlung des Fachvereins der Korfarbeiter über das Vereins- und Versammlungsrecht gesprochen und dabei auch die durch überwachende Beamte stattfindenden Auflösungen einzelner Versammlungen erwähnt. Er bezeichnete dieselben zum Theil als ungesetzlich, was insbesondere der Fall sei, wenn Versammlungen deswegen geschlossen würden, weil die Polizeibehörde eingetreten sei; das Oberverwaltungsgericht habe bereits in dieser Frage entschieden und festgesetzt, daß eine polizeilich angemeldete Versammlung über 11 Uhr tagen dürfe; der Wirth des Locals dürfe nur, wenn er keine Nachtconcession besitze, nach 11 Uhr keine Getränke mehr verabreichen. Wenige Tage vorher hatte der Reviercommissarius Herzog eine in demselben Local abgehaltene Versammlung aus dem vorbezeichneten Grunde geschlossen. Schütz ersuchte den Vorsitzenden, gegen diese Handlungsweise Beschwerde zu erheben und event. klagen zu werden. Dabei soll er beleidigende Ausdrücke gegen die betreffenden Breslauer Polizeibeamten gebraucht haben und dieselben in Vergleich mit Beamten auf dem Dorfe gestellt haben. Polizeicommissarius Herzog, der auch diese Versammlung überwachte, fand sich durch die Ausführungen des Redners beleidigt, und seinem Strafantrage schloß sich das Polizei-Präsidium für die übrigen Beamten seines Ressorts an. Herzog, welcher heute als einziger Zeuge geladen worden war, betief sich betreff des Richtigkeit seiner Aussage auf seinen zu den Acten gegebenen Bericht. Dem entgegen behauptete der Angeklagte, daß sich der in Betracht kommende Ausdruck nicht auf die Versammlung vom 12. December, also nicht auf Herzog bezogen habe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Marcuse, beantragte die Vertagung der Verhandlung und die Vorladung des Vorstandes des Korfarbeitervereins. Der Gerichtshof beschloß die Vertagung und die Ladung der neu benannten Zeugen.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 1. August.

Heiraths-Ankündigungen. I. Kaufm. Alexander Hoffmann, kath., Ohlauerstraße 35, und Felicia Dornack, ev., Neuschestrasse 11. - Schmied Johann Fahrnich, evangel., Friedrich-Wilhelmstraße 27, und Maria Schleier, evang., Friedrich-Wilhelmstraße 27. - Hauswirth und Cantor Richard Kahl, ev., Gr.-Wilkau, und Agnes Scholz, evang., Wallstraße 1. - II. Buchhalter Gustav Kopicz, evangel., Universitätsplatz 17, und Selma Kreuzel, ev., Leichstraße 15a. - Tischler Paul Freiberg, ev., Gräbchenstraße 36, und

Anna Hoffmann, ev., Gräbchenstraße 60d - III. Rutscher Carl Lange, kath., Enderstraße 22, und Anna Gärtner, kath., Mathiasstraße 68. - Arbeiter Paul Hanter, kath., Hermannstraße 1, und Anna Fröhlich, kath., Hermannstr. 1. - Königl. Post-Assistent Paul Luge, evang., Kleist, und Margarethe Luge, ev., Große Fürstenstraße 30.

Eheschließungen. I. Kaufmann Abraham Reiten, jäh., mit Theresie Monasch, jäh., hier. - Kaufmann Josef Scholz, kath., mit Clara Schierse, kath., hier. - Kaufmann Abraham Kallmann, jäh., Rattowitz, mit Pauline Spiegel, jäh., hier. - Maschinenwärter August Reichelt, ev., mit Maria Weisbach, geborene Roschitz, ev., hier. - II. Kaufmann Simon Roth, jäh., mit Olga Goldstein, j., hier. - III. Rutscher Carl Dreier, ev., mit Mathilde Schmitz, kath., hier. - Schuhmacher Andreas Sombel, kath., mit Marie Schindler, ev., hier. - Arbeiter Hermann Gulskal, ev., mit Elisabeth Hoch, ev., hier. - Conditior Eduard Ungelent, ev., mit Franziska Neßls, ev., hier.

Geburten. I. Arbeiter Julius Grötschel, kath., S. - Schneidermeister Carl Wagner, kath., S. - Hotelbesitzer Max Rode, kath., L. - Arbeiter Carl Palluch, kath., S. - Fleischer Franz Sperlich, kath., L. - Holzhändler Josef Hahnel, kath., S. - Glaser Johann Verständig, kath., L. - II. Monteur Berthold Fluder, kath., L. - Eisenarbeiter Paul Alexander, ev., S. - Wagenführer Julius Fleckig, kath., L. - Exam. Locomotivführer Albert Herzog, kath., L. - Schuhmacher Hermann Gaebel, ev., S. - Schlosser Georg Naumann, ev., L. - Postunterbeamter August Hanke, kath., L. - Rangirer Heinrich Schiedlauke, ev., L. - Productenhändler Heinrich Meier, kath., S. - Rutscher Josef Mandalka, kath., S. - Exam. Locomotivführer Hugo Berger, evang., S. - Kupferschmied Richard Geppert, evang., L. - Zimmermann Carl Durnlock, ev., L. - Schmied Karl Weitzer, kath., L.

Todesfälle. I. Georg, S. des Schmiedes Hieronymus Scharfenberg, 2 J. - Wren, S. des Arbeiters Wilhelm Gläser, 1 J. - Schneidermeister Karl Krohn, 42 J. - Schuhmacherswitwe Caroline Conrad, geborene Hellmann, 69 J. - Fleischer Carl Nippul, 46 J. - Julius, S. des Schuhmachers Julius Warm, 8 W. - Clara, T. des Töpfers Paul Koll, 10 M. - Schneidersfrau Louise Klein, geb. Jensch, 66 J. - Postkaffier Carl Hartmann, 39 J. - II. Martha, T. des Diebers Max Wisnack, 12 W. - Tapezierer Friedrich Raubut, 18 J. - Johann, S. des Handschuhmachers August Reinsch, 3 W. - Wirthsweiberfrau Josefa Wender, geb. Schmidt, 42 J. - Mar, S. des Sattlers Ernst Bunte, 7 M. - Emil, S. des commissarischen Locomotivführers Richard Joachim, 4 M. - Martha, T. des Arbeiters August Halberguth, 30 Min. - Haushälterin Anna Fren, geb. Minische, 22 J. - Louise, T. des Schuhmachers Gustav Bayer, 8 W. - Oswald, S. des Buchbinders Oswald Schwarz, 8 M. - Gutsbesitzerwitwe Veronica Jöllner, geb. Speer, 66 J. - Willy, S. d. Formers Carl Schneider, 2 J. - Hermann, S. des Stellmachers Hermann Becker, 1 J. - Ernst, S. des Bremfers Ernst Biers, 8 W. - Rudolf, S. des Steinbruders Robert Rißer, 11 M. - Eduard, S. des Schuhmachers Paul Siebelt, 7 M. - Köbin Theresie Linke, 69 J. - Martha, T. des Schlossers Georg Naumann, 5 M. - Schlossersfrau Marie Naumann, geb. Gufel, 3 J. - Karl, S. des Rutschers Josef Mandalka, 14 Stunden. - Erich, S. des Arbeiters Otto Weiß, 1 J. - Olga, T. des Postkaffiers Heinrich Just, 1 J. - Bruno, S. des Klempners Josef Daniel, 4 M. - Rechnungsrath und Eisenbahn-Secretär a. D. Hermann Fischer, 69 J. - Karl, S. des Steinbruders August Schulz, 10 M. - Radiker Ignaz Biler, 75 J. - II. Pensionärsgeheim Louise Dietrich, geb. Rudel, 41 J. - Handelsmannsfrau Juliane Freier, geb. Schladet, 63 J. - Karl, S. des Arbeiters Carl Schulte, 7 Min. - S. des Stubenmalers Alwin Großer, 7 Mon. - Früherer Gutsbesitzer Wilhelm Baemer, 67 J. - Emil, S. des Arbeiters Paul Kindig, 11 Wochen. - Hedwig, T. des Schuhmachers August Kallube, 4 Mon. - Meta, T. des Schlossers Paul Gusk, 2 J. - Willy, S. des Schiffeigners Albert Markgraf aus Fürstenwalde in der Mark, 8 Wochen. - Friedrich, S. des Monteurs Friedrich Keller, 1 J. 4 M. - Maurer Hugo Otto, 40 J. - Albert, S. des Uhrmachers Gustav Weisbach, 3 Mon. - Hermann, S. des Dachdeckers Paul Hilgner, 9 M. - Johann, S. des Müllers Alois Katschke, 3 J. 6 M. - Tischlergehilfe Carl Schirbel, 77 J. - Georg, S. des Musikers Ernst Rahner, 7 Tage. - Müllermeistersfrau Auguste Berger, geborene Wlich, aus Neuborf bei Canth, 39 J.

Breslau, 1. August. (Amtlicher Producten-Ärsen-Bericht). Roggen (per 1000 Kilogramm) per August 141,00 G., September-October 147,50 G. - Hafer per 1000 Kilogr. per August 164,00 G. - Müßli (per 100 l. o. r. - gelündigt - Str., loco in Qualitäten a 5000 Kilogramm - per August 49,00 B., per September-October 49,50 B. - Spiritus per 100 Str. (a 100 pSt.) ohne Faß z. excl. 50 und 70 Mt Verbrauchsabgabe, gel. - Str., abgetausene Kündigungscheine - per August 50er 54,80 B. 70er 34,80 B. Zint ohne Umlag.

Breslau, 1. August. Breslauer Mehlmarkt. Weizen-Ausgüsmehl per Brutto 100 kg incl. Sac 24,26 bis 24,75 M. - Weizen-Sammelmehl per Brutto 100 kg incl. Sac 23,00 - 23,50 M. - Weizen-Mehle per Netto 100 kg in käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 9,80 - 10,20 M., b) ausländisches Fabrikat 9,60 - 10,00 M. - Roggenmehl fetter, per Brutto 100 kg incl. Sac 21,50 - 22,00 M. - Futtermehl, per Netto 100 kg in käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 11,40 - 11,80 M., b) ausländisches Fabrikat 11,00 - 11,40 M.

Briefkasten.

Culturtechniker, Posen. Ihr Anerbieten ist uns sehr angenehm. Besten Gruß.

Briefkasten für den localen Theil.

H. P., hier. Bevor wir Ihr sich gegen die Firma Wischott richtendes Eingekandt aufnehmen, möchten wir um Ihre genaue Adresse bitten, die natürlich Redaktionsgeheimnis bleibt.

Theater-Nachrichten.

Residenz-Sommer-Theater.
 Direction: **Fritz Witte-Wild.**
 Mittwoch und Donnerstag:
 Gastspiel des Lobe-Theater-Ensembles
Kyritz-Pyritz.

Prolog

zur Marx-Feier
 und verschiedene andere Lieder.
Preis 10 Pf.
 Zu beziehen durch die Expedition
 der „Volkswacht“.

Socialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

Die Parteigenossen, welche noch Programme vom Maifest abzurechnen haben, werden ersucht dies sofort zu thun, widrigenfalls am 15. August ihre Namen öffentlich bekannt gegeben werden.
Donnerstag, den 3. August: Vorstandssitzung.
 Das Erscheinen sämtlicher Vorstandsmitglieder ist unbedingt erforderlich.
Der Vorsitzende.

Möbel-Tischlerei und Lager selbstgefertigter Möbel in allen Holzarten.

Stilgerechte Ausführung und solide Preise. 1102
J. Blase & Co., Tischlermstr.
 Kupferschmiedestraße Nr. 46.

Verlag des „Vorwärts“, Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Beuth-Strasse 2.

Das zur diesjährigen Maifeier in Aussicht gestellte

Kunstblatt

welches bereits in der Maifest-Zeitung als Mittelbild gebracht wurde, ist nunmehr in bedeutend vergrößertem Maßstabe — Plattengröße 68x47 cm, Kartongröße 95x78 cm — in feiner Kupferätzung ausgeführt in unserem Verlage erschienen. Das Bild heißt

Der erste Mai

und ist dazu angethan, jeden Versammlungsraum, jedes Vereinszimmer der Arbeiter zu verschönen, vor allem wird es für jedes Proletarierheim ein würdiger

Zimmerschmuck

sein. Um dies wahrhafte Kunstblatt auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen, ist der Preis auf nur

Drei Mark

festgesetzt.

Gegen Einsendung des Betrages werden Bestellungen von außerhalb porto- und emballagefrei effectuirt.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Sieben erschien und ist durch den Verlag der „Münchener Post“ München, oder durch die Expedition dieses Blattes zu beziehen:

Die Sklaven-Aufstände des Alterthums

von **Ernst Frank.** — Preis 40 Pf.
 Mit Ausnahme der Most'schen Broschüre, welcher obige Schrift an wissenschaftlichem Werthe überlegen ist, bildet die Frank'sche Arbeit die einzige, die diese hochinteressante Bewegung vom Standpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung behandelt. Die ökonomischen Ursachen der Sklaven-Aufstände finden wir gerade in unserer Zeit der größten sozialen Konflikte in der modernen Arbeiterbewegung wieder. Die Arbeiter-Aufstände in Homestead — die Sklaven-Aufstände im alten Rom, sie gleichen sich in ihren Ursachen, wie ein Ei dem Andern.

Sieben erschien:

Illustrirte Weltgeschichte für das Volk

mit besonderer Berücksichtigung der Kulturentwicklung

dargestellt von
J. G. Vogt.

4 Bände à 35 Hefte in wöchentlichen Lieferungen à 10 Pfennige.

Die erste Weltgeschichte, welche von materialistischer Geschichtsauffassung ausgehend, den Zusammenhang der Begebenheiten, die treibenden Mächte in der Weltgeschichte, das Warum alles geschichtlichen Geschehens und vor allem die wirtschaftlichen Lebensbedingungen, die Aufgaben und Verdienste des Volkes behandelt; keine Geschichte der Fürsten und großen Männer, sondern der Menschheit.

Illustrationen und Ausstattung des Wertes vorzüglich!

Illustrirte Prospekte gratis. — Probehefte stehen gerne zu Diensten. Bestellungen hierauf nimmt entgegen das gesammte Trägerpersonal der Volkswacht, sowie die Expedition dieses Blattes

Eine Welt- und Lebensanschauung

für das Volk

mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen von **J. G. Vogt**

in 50 wöchentlichen Lieferungen zu je 10 Pf. — 6 Kr. 3. B.
 Zu beziehen durch die Exped. der Volkswacht.

für den Hochsommer

empfehle besonders gern gefauste Artikel.

Beige Anzüge elegantes, leichtes Tragen, in modischer und grau.

Cronbadour dunkel braun u. graucarrirter Leinen-Anzug, garantiert waschecht.

Excelsior grau und braun melirter Molesquin-Anzug, unverwundlich im Tragen.

Wildfang praktischer Schulanzug in allen Farben vorrätzig, unverwundlich.

Gr. Lager einzelner Turnertuch- u. Lustre-Jaquets, sowie Hixableiter f. jed. Figur passend.

Unerreichte Auswahl

in Herren- und Kinder-Waschanzügen in den reizendsten Fagons, zu auffallend billigen Preisen.

Preislisten oder andere allgemein übliche Anlockungsmittel veröffentliche ich nicht.

Streng feste Preise.

Sämtliche Garderoben werden im eigenen Atelier zugeschnitten und von bewährten Arbeitskräften auf das Sauberste ausgeführt.

Anfertigung nach Maß
 in kürzester Zeit. 1208

S. Hurtig.

84, Ohlauerstraße 84, 1. Etage,
 Eingang Ecke Schuhbrücke,
 vis-à-vis der Färberei W. Spindler.

6. Auflage.

Preis 30 Pf.

Im Verlage der Buchdruckerei „Gutenberg“, Zeit-, Buchhandlung des „Volkswacht“, erschien soeben:

Die zehn Gebote und die besitzende Klasse.

Nach einem gleichnamigen Vortrage von **Abolf Hoffmann.**
 Zu bez. durch die Expedition d. Bl.

6. Auflage.

Gelesene Nummern

des „Wahren J. Tob“, des „Pouillon“ etc. zur Agitation nimmt entgegen die Exped. der „Volkswacht“.

Der Kuhhandel.

Zur Reichstagswahl 1893.

Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch die Colporteurs und die Expedition der Volkswacht.

Feste Preise!

Für Freierkleidung

Zu dem Gang zum Standesamt mach' man sich besonders feil! Ernst und würdig, aber schneid' muß der wichtige Anzug sein! Freilich sagt man, daß sehr theuer solch ein Bräutigams Anzug sei, aber das ist nur ein Irrthum. Der gleich ausgerottet sei! Fünfundzwanzig Mark! Die Gattin legt man für solch' Anzug an. Den nur Goldne Bierundstübchen für den Preis so liefern kann.

Für die Ferien

Waschbosen von 1 Mk. an
 Hixableiter " 1 "
 Knabenanzüge " 1 "
 Herren- und Cadetten-Jaquets
 Seinen- und Wasch-Anzüge
 Sommer-Paletots jeder Größe
 v. 10 Mk. an, Ia. wie nach Maß
 gefertigt, von 18 Mark
 Schwalov's mit Pellet
 Herren-Anzüge von 10 Mk.
 feine Anzüge von 14 Mk.
 Braut-Anzüge in Tuch
 Kammgarn von 25 Mk.
 sehr gute von 33 Mk. an, Ger
 Jaquets von 5 Mk. an, Sch
 röcke von 8 Mk. an, Ger
 Duxlin-Hosen von 3 Mk.
 gute Hosen von 5 Mk. an, S
 und Westen von 6 Mk.
 modernste von 8 Mk.
 Knaben-Paletots von 3 Mk.
 Anzüge für jedes Alter
 2,50 Mk. an, Kellner-Fra
 Staubmäntel jeder Art.
 Versand nur unter Nachnahme
 Umtausch bereitwill. jeder

Goldene 74

I. Et., Ohlauerstr. 74, I. E.
Einziges am hiesigen Pl
 bis anerkannt
Geschäft gute Wa
 so billig abge
 Vorsicht vor Nachahmung

Telephon 1805.

Rohtabake

Allerbilligste Bezugsquelle, 3
 Pfälzer, pr. 1/2 Ko. 65, 68, 70, 75, 80
 Brasil und Felix, 80 100,
 125 bis 160 Pf.
 Domingo Umblatt, gutbrenn
 90, 100 u. 110 Pf.
 Carmen, großblattig, 115, 120
 Sumatras, 130 bis 500 Pf., daru
 L P C X 2a 225 Pf., L P C
 a 450 Pf., welche in Holland
 730 Pf. bezahlt wurden.
 Sumatra Deli, hochfeine r
 Farben, ca. 1 1/3 Pf. deck
 pro 1/2 Ko. 3 Mk.
 Preis-Courant gratis.
 Versand gegen Nachnahme
Albert Kramolowsky
 Breslau, Ring 60, Ecke Oderstra
 Cigarettenfabrik, Cigarren u. Kautab

Vereins-Kalender.

Breslau.
 Vereinigung der Ma
 sadirer, Anstreicher und v
 wandten Berufsgenossen. S
 Donnerstag von 7 1/2 — 9 1/2
 Versammlung im Vereinslocal
 Eblsch, drei Tauben, Neum
 Jahlabend. Aufnahme neuer
 Mitglieder. Kollegen, welche nicht der
 inigung angehören, sind als G
 willkommen.
 Gesangverein Bresla
 Outmacher. Jeden Donner
 Abends von 8 1/2 — 10 Uhr: Uebun
 t und e im Restaurant Mai, Gurim